Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93. Sonnabend, den 20. April 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nationalliberale Kamorra.

Am 12. Mai tritt in Berlin der nationalliberale Parteitag zusammen, auf dem — soweit das unter Nationalliberalen möglich ist — eine „Entscheidung“ fallen soll: die Entscheidung über die zukünftige Haltung der Partei. Hüben und drüben, auf dem rechten und auf dem linken Flügel, ist man schon eifrig bei der Stimmungsmache. Das hat für die Außenstehenden zunächst den Vorteil, daß sie allerlei Erbauliches über die Interna dieser zerfallenen Partei erfahren: wieviel Köche es da gibt, die alle im Brei rühren wollen, wieviel Anwärter auf den Posten des Parteiführers, wieviel Intrigen und Intriganten.

Die bemerkenswertesten Enthüllungen macht jetzt ein süddeutscher Nationalliberaler in der „Frkf. Ztg.“ Danach ist innerhalb des Nationalliberalismus eine vollständige Sonderorganisation der mehr rechtsstehenden Elemente vorhanden, die sich als „Altliberale“ bezeichnen. Die Westfalen, die vor dem Kasseler Parteitag schon einmal halbwegs zum Abfall entschlossen waren, aber dann doch davon absahen, weil sie sich noch nicht so recht einig waren, wohin sie fallen sollten, haben sich mit den Mannen aus der Provinz Sachsen unter der Führung Schiffers und seines Komparativs, des preußischen Landtagsabgeordneten Schifferer sowie den diesem folgenden Schleswig-Holsteinern zu einem Geheimbund zusammengeschlossen und dafür eine Art eigner Geschäftsführung durch den Parteisekretär Zabel in Dortmund eingerichtet.

Diese Kamorra, von der der Gewährsmann der „Frkf. Ztg.“ nicht unglaubhaft versichert, daß sie über sehr gute und oft ausgenutzte Beziehungen mit dem im Auswärtigen Amt untergebrachten Pressebureau des Reichskanzlers unterhält, holte nach der Präsidentenwahl zu einem Schlage gegen den linken Flügel und gegen Herrn Bassermann aus. Wenn sich auf dem bevorstehenden Parteitag die Gemüter stark erhitzen sollten, dann haben wir alle Aussicht, auch über die Vorgänge, die sich während und nach der Präsidentenwahl im Schoße der nationalliberalen Reichstagsfraktion abgespielt haben, noch allerlei amüsante Dinge zu hören. So viel steht schon heute fest, daß das, was manchem als neu erwachte, überraschende Energie erschien, in Wirklichkeit nichts andres war wie hinterlistige Machenschaft. Da haben nationalliberale Abgg. Bebel und später Scheidemann gewählt, nicht weil ihnen das eine Forderung der Gerechtigkeit oder der notwendigen Konsequenz aus der allgemeinen politischen Situation war, sondern weil sie den Nachbarn in der eignen Partei ein Bein stellen wollten. Die Schiffer und Konsorten haben eine Art Desperadopolitik getrieben. Es ging ihnen darum, ein Ergebnis herbeizuführen, das dann denen vom rechten Flügel den Schein des Rechtes gab, über ein Verlassen gut nationaler Grundsätze zu zetern und die ob solchen Greuels entsetzten Anhänger im Lande gegen Bassermann und seine engern Freunde mobil zu machen.

Wie die „Altliberalen“ dann bei der Zentralvorstandssitzung operiert haben, davon weiß der Süddeutsche in der „Frankf. Ztg.“ zu erzählen:

„Um das westfälische Kolorit nicht zu deutlich vorleuchten zu lassen, wurde Herr Dr. Heinze, der auf der äußersten Rechten der Partei steht, obwohl er damit im Königreich Sachsen, mit Ausnahme von Plauen, keinerlei Gefolgschaft findet, zum Generalredner der altliberalen Opposition bestimmt. Eine eigene gedruckte Liste, der Sicherheit der Überwachung halber auf blauem Papier hergestellt, wurde herausgegeben. An Stelle der Herren Dr. Stresemann und Dr. Fischer wurden die dem rechten Flügel angehörenden Landtagsabgeordneten Hausmann und Reichstagsabgeordneter Schwabach zur Wahl für den geschäftsführenden Ausschuß aufgestellt, und die Anwesenden verpflichteten sich, lediglich für diese Liste zu stimmen und sich dadurch möglichst auch im geschäftsführenden Ausschuß die Mehrheit zu sichern. Anfänglich hieß es, daß auch Doktor Weber nicht wiedergewählt werden solle, man fürchtete aber wohl, damit die Dinge auf die Spitze zu treiben, und nahm Dr. Weber als linksnationalliberalen Konzessionsschulzen mit auf.“

Diese angenehmen Parteigenossen haben bekanntlich in der Zentralvorstandssitzung Erfolg gehabt. Die Bassermannschen wurden an die Wand gedrückt, die agrarischen und schwerindustriellen Interessen triumphierten. Aber der Sieg ist ein bißchen gar zu eklatant gewesen. So wenig die Mehrheit der nationalliberalen Wählerschaft, besonders in Norddeutschland, von einem sogenannten Ruck nach links wissen will, und so sehr sie geneigt ist, eher in den Dortmundern als in den Karlsruhern die richtigen Vertreter der berühmten mittleren Linie zu erblicken, so scheut sie doch den Eklat. Gegen eine unauffällige Verstärkung des Einflusses der Herren auf der Rechten hat sie nichts einzuwenden, aber den offenen Bruch mit Bassermann will sie doch auch nicht, und so sind bei dem Parteitag die Schwierigkeiten für die Verschwörer größer als bei den Sitzungen des Zentralvorstandes. Die Jungliberalen, denen man, taktisch recht unklug, auch noch besonders auf den Fuß getreten hat, nahen mit drohender Gebärde.

Da müssen auch die Alten rüsten, und sie unterziehen sich dieser Pflicht vor und hinter den Kulissen mit allem Eifer. Wie im März der königliche Sachse Heinze vorgeschickt wurde, um den industriekapitalistischen Ursprung der Aktion nicht gar zu augenfällig werden zu lassen, übernimmt jetzt der Berliner Böttger, der selbst zuvor den Jungliberalen einmal gespielt hat, und sich während seiner früheren Mandatsperiode gern als einen Gegner der Politik des rechten Flügels gab, die Rolle des Sturmbocks. Er ist im Besitz einer eifrigen und eilfertigen Feder und das M. d. R., mit dem er sich dank den Duisburger schwarzen Wahlhelfern schmücken kann, öffnet seinen Ergüssen die Spalten der Blätter, die ihm in der mandatslosen, der schrecklichen Zeit verschlossen blieben. So kann er gleich an einem Tag in der „Tägl. Rundschau“ und im Scherlschen „Tag“ sein Rößlein tummeln. Hier wie dort wütet er gegen den Radikalismus. Im „Tag“ rechnet er mit den Jungliberalen, den Brüdern von ehedem, ab. Sie haben allzu stark nach links gedrängt und damit Gegenkräfte wachgerufen. Deshalb müssen die Jungen sich auf den Boden des Zentralvorstandsbeschlusses stellen, d. h. mit Grazie den Kopf auf den Block legen. Tun sie es nicht, dann besteht die Gefahr, daß sich später auch die Altliberalen selbständig organisieren und das würde doch selbst für die nationalliberale Partei eine etwas gar zu weit gehende Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten einzelner sein.

Es ist Böttgers Pech, daß an demselben Tage, wo er seine warnende Stimme erhebt, von andrer Seite das Vorhandensein der Organisation, mit deren Bildung er droht, nachgewiesen wird. Seine Worte dürften also bei denen, an die sie gerichtet sind, keinen allzu großen Eindruck machen. Deshalb wendet er sich in der „Täglichen Rundschau“ gleich an eine andere Adresse, die Böttgerschen Meinungen sicher mehr zugänglich ist: an die ängstlichen und schwachmütigen Philister. Der „Ruck nach links in der Arbeiterfrage“ ist dort sein Artikel betitelt. Der englische Riesenstreik, der Ruhrstreik und noch einiges andre muß ihm zum Beweis dafür herhalten, daß sich die Arbeiterbewegung in allen Kulturländern rapid zum stärkeren Radikalismus, zum Anarchosozialismus, entwickelt. Aber nicht nur die Gewerkschaften gehen diesen Weg, die politische Organisation macht dieselbe Entwicklung durch. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag schlägt sich stets auf die Seite der Verneinung, auch wo das Arbeiterinteresse Mitarbeit verlangt und wo das Vaterland sichergestellt werden soll. Schlußfolgerung: Die Großblockidee ist Unsinn, „es wäre gut für das Bürgertum, wenn es von dieser Erkenntnis profitieren möchte, ehe ihm noch schlimmere Niederlagen als bei den letzten Reichstagswahlen bereitet würden.“

Ist Bassermann ein Anhänger der Großblockidee? Nein. Hat er der Sozialdemokratie Vorschub geleistet? Wir wüßten nicht wo. Aber einen Fehler besitzt er. Er hielt sich und seine Partei immer noch für zu gut, so ohne weiteres bei den Taten der Schwarzblauen Schmiere zu stehen. Er fand sich im Gegensatz zu den Wünschen des Pressebureaus im Auswärtigen Amt nicht bereit, Bethmann-Hollweg zu der sicheren Mehrheit zu verhelfen, nach der er ausblickt.

Bassermann meinte es mit der mittleren Linie einigermaßen ehrlich, und das nehmen ihm die Leute übel, für die die Politik der mittleren Linie lediglich ein anderer schöner klingender Name für reaktionäres Treiben ist.

Wir unserseits warten nun schmunzelnd ab, welche Auffassung am 12. Mai den Sieg davontragen wird. Ob die, die das Seiltanzen fortsetzen will, oder die andre, die den Nationalliberalismus aus seinen Ideologien auf den Metallboden wohlfundierter Industrieinteressen sichtbar herabzuziehen sucht.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Justizdebatte.

Die Justizdebatte, die gestern zu Ende geführt worden ist, wurde an ihrem letzten Tag von unserem Redner, dem Genossen Wolfgang Heine, gleich zu Beginn der Sitzung auf ein geistiges und rhetorisches Niveau, das sie nachher nicht mehr zu erreichen vermochte, gebracht. In ernster und scharfer Ergründung des heutigen Justizwesens zeigte er all die Schwächen und die riesengroßen Sünden, die es an dem Rechtsgefühl des Volkes und an den Forderungen der Gerechtigkeit Tag für Tag begeht. Es war eine ungemein starke Kritik und zugleich eine ausgezeichnete Leistung positiver Arbeit, die neue Wege der so dringenden Besserung wies. Dem Eindruck der Rede konnte sich nicht einmal die Rechte entziehen, die nach einigen schwachen Versuchen üblicher Witzelei abgefertigt war und die große und allgemeine Aufmerksamkeit des gesamten Hauses nicht mehr störte.

Nach einer klaren und präzisen Darlegung der Stellung, die unsere Fraktion zu den einzelnen Resolutionen einnimmt, ging Heine zu der Kritik über, die ein Angriff von gewaltiger Wucht auf die Tendenz und den Charakter des gesamten Justizwesens wurde. An der leider zu großen Fülle von Beispielen, die die Rechtspflege des feudal-kapitalistischen Deutschlands bietet, griff er die markantesten heraus, um den Geist der heute herrschenden Justiz zu kennzeichnen — Moabit und das Ruhrrevier, Breslau mit seinen trostlosen Auswüchsen, die persönlichen Erfahrungen des Redners als Anwalt, die Anwendung der Strafgesetze auf die Duellvergehen — aus diesem ungeheuren Gebiete durfte er ein vernichtendes Beweismaterial entnehmen.

Und wie harmlos mußte gegenüber dieser Darstellung juristischer Praxis und der Wirklichkeit in der Rechtspflege die Erinnerung an die gutmütigen Versicherungen wirken, die Herr Professor van Calker gegeben hatte, oder gar an die uneigennützigen Bekenntnisse der richterlichen Redner vom Vortage wirken, daß es keine Klassenjustiz in Deutschland gibt!

Noch einmal und mit unleugbarer Deutlichkeit setzte Heine auseinander, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und wie wirklich und lebendig sie ist!

Nachher versandete die Debatte. Herr Dr. Pfeiffer — der „Kunstpfeiffer“ des Zentrums, wie ihn der parlamentarische Witz genannt hat — sprach einiges wenige über Theaterrecht und wurde etwas zu pathetisch, als er sittlich entrüstet die „Kientopps“ verdammte. Der Nationalliberale Freiherr von Richthofen zeigte, daß er von den Heineschen Darstellungen nicht allzu viel verstanden hatte, indem er in heiterer Unschuld seine Vorstellung von der Klassenjustiz zum besten gab. Der Fortschrittler Dr. Ablaß sprach vom internationalen Wechselrecht und Dr. Bolz vom Zentrum betonte die Notwendigkeit der rechtlichen Regelung des Tarifvertragswesens.

Reichs-Wohnungskommission.

Der Regierungsvertreter Lewald gab in der Wohnungskommission des Reichstages am Donnerstag die Erklärung ab, der Bundesrat sei sich in der Wohnungsfrage noch nicht schlüssig; Erklärungen darüber, ob die Regierung in der Lage sei, Beschlüssen der Kommission Rechnung zu tragen, könne er nicht geben. In der nun folgenden Diskussion betonte Abg. Jaeger, die Regierung habe bisher den Standpunkt eingenommen, die Regelung der Wohnungsfrage sei Sache der Einzelstaaten. Diesen Standpunkt bekämpfte Redner als falsch; der reichsgesetzliche Wohnungsschutz sei eine Notwendigkeit. Abg. Göhre kennzeichnete die Erklärung des Regierungsvertreters als sehr dürftig, nachdem in der Sache selbst alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen und der Fortschrittler einig sind.

Die weiteren Verhandlungen wurden einer Subkommission überwiesen.

Der Kampf um die Jesuiten.

Die offiziöse bayerische „Korrespondenz Hoffmann“ in München läßt sich näher über die Behauptung aus, daß die einzelnen Bundesregierungen vom Vorgehen Bayerns in der Jesuitenfrage vorher verständigt worden seien und keinerlei Widerspruch erhoben hätten. Aus der Darstellung des halbamtlichen Bureaus geht hervor, daß die bayerische Regierung allerdings den einzelnen Bundesstaaten mitgeteilt hat, daß sie den Begriff „Ordenstätigkeit“ abweichend von der seitherigen Regel auslegen wolle. In dieser Mitteilung habe aber nicht das Ansinnen gelegen, die Regierungen möchten amtlich dieser Auslegung beitreten, vielmehr hatte die Mitteilung nur den Zweck, die Regierungen von dem in Aussicht genommenen Vollzug des Jesuitengesetzes zu verständigen. Im Laufe des Monat Februar seien der bayerischen Regierung von einigen der beteiligten Bundesregierungen, darunter der preußischen, Äußerungen zugegangen, die den Standpunkt der Regierungen darlegten, jedoch in keinem Falle eine Verwahrung gegen das Vorhaben der bayerischen Regierung enthielten. Die weiteren Auseinandersetzungen über diese Frage dürften nunmehr ziemlich zwecklos sein, da in den nächsten Tagen die Jesuiten-

Interpellation im Reichstage verhandelt wird, und es steht zu erwarten, daß dann die notwendige Klarheit geschaffen wird.

Reichskanzler und Reichstag.

Zu unserer Feststellung, daß man im Seniorenkonvent des Reichstags empört gewesen ist über die Art, wie der Reichskanzler dem Reichstag die Durchpeitschung des Arbeitspensums zumutete, nimmt die „Kreuzzeitung" das Wort. Das Blatt versucht in bekannter Manier, den Sachverhalt zu verschieben, indem es behauptet, es seien nur die Sozialdemokraten, die das Verlangen des Reichskanzlers unerhört finden, weil sie befürchten, ihr Schwatzbedürfnis nicht befriedigen zu können.

Demgegenüber sei festgestellt, daß in der Sitzung des Seniorenkonvents gerade von bürgerlicher Seite die Antreiberei des Reichskanzlers scharf verurteilt wurde und daß von bürgerlicher Seite der Präsident ersucht wurde, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß man seine Zumutungen als des Reichstages unwürdig empfinde. Die Konservativen haben dieser Auffassung nicht widersprochen.

Eisenbahnerfragen vor dem Dreiklassenparlament.

Im preußischen Abgeordnetenhause kam es am Freitag in Fortsetzung der Besprechung der Arbeiter- und Beamtenverhältnisse im Bereiche der Eisenbahnverwaltung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Genosse Ströbel unterzog in fast zweistündiger Rede die Lage der Beamten und Arbeiter nach jeder Richtung hin einer scharfen Kritik, er tadelte insbesondere das Verhalten des Ministers, der, anstatt die wirtschaftliche Lage der Angestellten aufzubessern, sie politisch entrechte und sich sogar erdreiste, von den Beamten zu verlangen, daß sie sich mit sozialdemokratischen Abgeordneten nicht in Verbindung setzen. Der Konservative Strosser und der Minister Breitenbach verteidigten die Haltung der Regierung. Letzterer kam auch auf die bekannte Versammlung in der Neuen Welt in Berlin zu sprechen, in der Adolf Hoffmann auf Einladung erschien, aber später auf Drängen der oberen Beamten von dem Vorsitzenden aufgefordert wurde, den Saal zu verlassen. Dieser einseitigen Darstellung gegenüber wollte Hoffmann die Tatsachen schildern, aber die Mehrheit schnitt ihm das Wort ab. So mußte er sich auf eine persönliche Bemerkung beschränken. Er machte dem Minister, weil dieser es duldet, einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern, sich über die Lage der Arbeiter und Beamten zu unterrichten, den Vorwurf der Verfassungsverletzung. Die Mehrheit gab durch lebhafte Zwischenrufe zu erkennen, daß sie vollständig den Standpunkt des Ministers teile. Herr v. Breitenbach, von dem Beifall der Mehrheit hingerissen, verstieg sich zu immer kühneren Tiraden und erklärte schließlich, auch wieder unter dem Jubelgeheule seiner Freunde, daß er es als seine oberste Aufgabe betrachte, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Wie objektiv die Mehrheitsparteien vorgehen, zeigt das Verhalten bei der Beratung des gemeinsamen Antrages der bürgerlichen Parteien zur Besserstellung der Eisenbahner. Obwohl die Sozialdemokraten nicht um ihre Unterschrift gebeten waren, also niemand wissen konnte, ob sie dafür oder dagegen seien, stellte man es so dar, als ob nur die bürgerlichen Parteien für den Antrag seien. Um den Sozialdemokraten die Möglichkeit zu nehmen, auch ihr Einverständnis zu erklären, schnitt man ihnen schließlich sogar das Wort ab. Es gelang ihnen aber in einer persönlichen Bemerkung, ihre zustimmende Stellung darzulegen, sodaß die bürgerlichen Parteien mit ihrem plumpen Wahlmanöver kein Glück haben werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die Regierung sprach sich dagegen aus.

Nach berühmten Mustern.

Sehr entrüstet tut die „Köln. Ztg." über das Treiben des amerikanischen Flottenvereins, das ein Telegramm ihres Washingtoner Berichterstatters also schildert:

„Der Flottenverein für die Vereinigten Staaten verschickte an alle Offiziere des Heeres und der Marine und an alle Kongreßleute ein Rundschreiben, worin er Bezug nimmt auf einen Artikel in den „Grenzboten" über die Monroedoktrin und behauptet, es bestehe unleugbar ein starkes Gefühl unter den Deutschen, das südamerikanische Gebiet unter die deutsche Flagge zu bringen. Deutschland baue jedes Jahr vier große Kriegsschiffe und werde 1915 einundzwanzig zu Amerikas zehn haben. Das amerikanische Volk werde nie wieder die Monroedoktrin vernachlässigen wie zur Zeit Maximilians und seines Kaisertums. „Frieden um jeden Preis" und „Sichbegnügen mit einem Rücksitz" seien nicht amerikanische Politik. Das Verhältnis von zehn Kriegsschiffen gegen einundzwanzig würde sicherlich die Grundlage zu einem kostspieligen Krieg liefern, der wahrscheinlich Onkel Sam täglich 40 Millionen Mark kosten würde."

Sicher, die nichtsnutzigen Praktiken des amerikanischen Flottenvereins verdienen Verurteilung. Den Herren, die sich in den Vereinigten Staaten so sehr für die Flottenvermehrung interessierten, weil diese eben ihren Interessen dienen würde, spielen ziemlich dreist mit Behauptungen. Denn nur ein Verrückter könnte den Plan fassen, für Deutschland in Südamerika Gebiet zu erwerben, d. h. erobern zu wollen. Aber wenn man die auf die Erregung und Steigerung von Nationalhaß berechneten Treibereien der hinter dem amerikanischen Flottenverein stehenden Prozentpatrioten verdammt, muß man dasselbe auch gegenüber dem deutschen Flottenverein tun, der dem amerikanischen das Muster geliefert hat. Aber das läßt man bleiben!

Ein Kaisertelegramm an Lindequist.

„Wie das „Berliner Tageblatt" zuverlässig erfahren haben will, hat der Kaiser einige Tage vor der Ankunft des Reichskanzlers in Korfu an den früheren Staatssekretär des Kolonialamtes v. Lindequist ein in herzlichen Worten gehaltenes Telegramm gesandt. Den Anlaß dazu hatte das Osterfest gegeben. Der ehemalige Staatssekretär hat von Meran aus gedankt. Man legt dem kaiserlichen Telegramm, das offenbar einen Ausgleich für die eigentümliche Form der Verabschiedung des Staatssekretärs schaffen sollte, in politischen Kreisen eine gewisse Bedeutung bei. — Wenn dieser Vorfall den Tatsachen entsprechen sollte, dann läge darin geradezu eine Demonstration gegen den Reichskanzler und den Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, die den Herrn v. Lindequist aus seinem Amte hinausgegrault haben.

Interpellation im bayrischen Landtage über den Jesuitenerlaß.

Die Liberalen im bayerischen Landtage interpellieren die bayerische Regierung über den Jesuitenerlaß. Die Anfrage umfaßt folgende drei Punkte:

1. Der Jesuitenerlaß in Widerspruch zu früheren Verfügungen der bayerischen Regierung.
2. Der Jesuitenerlaß in Widerspruch zu der Praxis der sämtlichen anderen Bundesstaaten.
3. Der Jesuitenerlaß in Widerspruch zu der Bekanntmachung des Bundesrats vom Jahre 1872.

Das Mandat des „Wahrheit"-Bruhn.

Die Wahl des Antisemiten Bruhn, der den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg im Reichstage vertritt, unterlag am Freitag der Prüfung durch die Wahlprüfungskommission. Es erhielten bei der Hauptwahl v. Schuckmann (K.) 5728, Bruhn (A.) 4794, Brückner (SD.) 4496, Dr. Pönsgen (NL.) 2798 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann wider alles Erwarten der Bruhn. Gegen die Hauptwahl war Protest erhoben worden, weil ein konservativer Wahlaufruf, der gegen Sozialdemokraten und Liberale gerichtet war, von 11 Amtsvorstehern, 24 Gemeindevorständen, einem Stadtsekretär und einem Beigeordneten, unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichnet war. Mit 8 gegen 5 Stimmen entschied die Kommission, daß die Unterzeichnung des Wahlaufrufs durch die Amtsvorsteher als amtliche Wahlbeeinflussung zu erachten sei. Die in diesen 11 Amtsbezirken abgegebenen 774 konservativen Stimmen wurden infolgedessen kassiert. Dagegen wurde der Antrag abgelehnt, diese Stimmen den beiden Kandidaten zuzuzählen, die nicht in die Stichwahl gekommen sind. — Die Prüfung dieser Wahl wird am Dienstag fortgesetzt. — Der Abg. Bruhn hatte — ein Fall, der noch nicht dagewesen sein dürfte — den Gegenprotest selber verfaßt und ihn dem Reichstage eingereicht.

Jugenddebatte im sächsischen Landtage.

Der Landtag beschäftigte sich Freitag mit dem Kapitel Jugendorganisation. Es lag ein Antrag der Konservativen vor, der verlangt, daß die Regierung schärfer gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung vorgehe. Außerdem lag ein Kapitel des Etats vor, worin 100 000 Mark aus Staatsmitteln zur Jugendpflege verlangt werden. Im Namen der Konservativen sprach der Landgerichtsrat Dr. Mangler. Er hielt eine richtige Scharfmacherrede und forderte die Regierung auf, die Jugendorganisation nach preußischem Muster zu behandeln. An der Hand von Zitaten aus Protokollen sozialdemokratischer Parteitage versuchte er zu beweisen, daß die proletarischen Jugendorganisationen eine politische Tätigkeit entfalten.

Der Kultusminister wies zunächst darauf hin, daß die Fortbildungsschulleiter angewiesen sind, zu verlangen, daß kein Fortbildungsschüler einer Organisation angehört, der nicht zuvor um die Erlaubnis dazu eingekommen sei.

Der Minister des Innern, Vitztum von Eckstädt, meinte, er könne nur vorgehen, wenn Verstöße gegen die Gesetze vorlägen. Er könne nicht ohne weiteres die Jugendorganisationen auflösen; auch in Preußen sei das nicht generell geschehen. Er verspreche sich auch keinen Erfolg von dem polizeilichen Eingreifen gegen die Jugendbewegung. Die Regerung sei natürlich bereit, mit ihren Mitteln dazu beizutragen, die nationale Jugendbewegung zu fördern.

Von unserer Seite sprach Genosse Keimling, der besonders darauf hinwies, wenn man Jugendpflege treiben wolle, man dies in der Weise tun solle, daß man die sozialen Mißstände beseitige.

Schließlich wurde der Antrag der Konservativen einer Deputation überwiesen.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Steuern im Jahre 1911.

Die Gesamteinnahme an Zöllen, Steuern und Gebühren, ohne Zuwachssteuer, im Rechnungsjahre 1911 hat bis zum Schluß des Rechnungsmonats März 1652,3 Millionen Mark betragen. Hiervon entfallen auf die Zölle 731,2, die Tabaksteuer 11,5, die Zigarettensteuer 30,7, die Zuckersteuer 170,1, die Salzsteuer 58,3, die Branntweinverbrauchsabgabe 195,2, die Essigsäureverbrauchsabgabe 0 8, die Schaumweinsteuer 10,8, die Leuchtmittelsteuer 12,3, die Zündwarensteuer 18,7, die Brausteuer und Übergangsabgabe von Bier 125,8, den Spielkartenstempel 1,9, den Wechselstempel 19,2, auf die Reichsstempelabgaben von Wertpapieren 53 1, von Gewinnanteilschein- und Zinsbogen 11,1, von Kaufgeschäften 23,7, von Lotterien der Einzelstaaten 31 8, von Privatlotterien 10 8, von Frachturkunden 17,5, von Personenfahrkarten 21,3, von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge 3,5, von Vergütungen an Aufsichtsratsmitglieder 5,7, von Schecks 3,1, von Grundstücksübertragungen 39,1, auf die Erbschaftssteuer 43 und die statistische Gebühr 1,9 Millionen Mark. Die Ertragsziffern können beim Finalabschluß für das Rechnungsjahr 1911 noch eine geringe Änderung erfahren.

Sozialpolitische Debatte im bayerischen Landtage.

Bei der Fortsetzung der Beratungen über die Wirtschafts- und Sozialpolitik hielt der Ministerpräsident am Freitag endlich seine lange angekündigte sozialpolitische Programmrede. In weitläufigen Darlegungen brachte er nichts wie inhaltlose Allgemeinheiten und platte Selbstverständlichkeiten vor. Nur zwei Bemerkungen verdienen Beachtung. Erstens deutete er in einem allerdings dunklen Satze auf gewisse Pläne der Regierung hin, hinsichtlich der Ausnutzung der Wasserkräfte. Es scheint, als ob die Regierung, im Gegensatz zu der vorigen, beabsichtigt, die Wasserkräfte nicht dem Staate zu erhalten, sondern dem Privatkapital auszuliefern. Herr v. Hertling billigte ausdrücklich den Angriff eines christlichen Arbeitersekretärs gegen monopolistische Tarifverträge von der Art des Buchdruckertarifs. Auch diese Haltung des Zentrums ist ein Zeichen der Knebelung der freien Gewerkschaften; man will nur konfessionelle Tarifverträge erlauben.

Nach dem Ministerpräsident brachte Genosse Segitz die schweren Mißstände auf dem sozialpolitischen Gebiet zur Sprache. Er erörterte besonders das Elend der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder und die zunehmende Unfallgefahr in der Holzindustrie.

Keine Verständigung mit England.

Im englischen Unterhause fragte am Donnerstag der Abg. Hall (Unionist) an, ob Deutschland zu verstehen gegeben habe, daß es bereit sein würde, in ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis mit England einzutreten, als das einzige Mittel, dem Rüstungswettstreit ein Ende zu machen. Parlamentsunterstaatssekretär Acland erwiderte, daß die Frage mit Nein beantwortet werden müsse. — Das Wettstreiten kann also ruhig seinen Lauf nehmen.

Marokko.

Die Revolte in Fez. Nach den letzten Nachrichten hat sich die Lage in Fez gebessert, obwohl das Schießen fortdauert. Es ist schwer, bestimmte Nachrichten aus guter Quelle zu erhalten, obwohl zahlreiche Funkentelegramme vorliegen. Anscheinend haben die Truppen den Sultan, der von den Empörern angegriffen wurde, befreit. Die Truppen konnten nur nach heftigem Kampfe in die Stadt eindringen und haben 10 Mann algerische Schützen verloren. Genaues ist über die Höhe der Verluste nicht zu erfahren. Die Truppen haben die Tore im Süden der Stadt und das Viertel, das sich an das Europäer-Viertel anschließt, besetzt. Der Maghzen und die Ulemas bemühen sich, die Empörer zu beruhigen. Über die Lage in Sefru, wo eine größere Zahl scherifischer Truppen lagert, und über die Haltung der Stämme der Umgegend liegen wenig Nachrichten vor. Die Zahl der in Fez getöteten Offiziere ist unbekannt.

Kleister für den Zentrumsturm.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" veröffentlicht ein „hervorragendes Mitglied des Augustinusvereins" einen Artikel, in dem behauptet wird, „daß gegenwärtig zwischen Rom, Breslau und Köln Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen". Diesen Verhandlungen sollen die geheimen Beschlüsse einer Bischofskonferenz von 1910 zugrunde liegen, die folgenden Wortlaut haben:

1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen sollen, ist die Forderung zu stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteile des kirchlichen Hirtenamts unvereinbar ist.

2. Es muß gefordert werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebietes beschränken.

3. Es wird als notwendig anerkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.

4. Von den katholischen Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegentreten.

5. Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspreche, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verketzern und in Kontraversfragen eine jede verletzende und verbitternde Behandlung zu vermeiden.

Fulda, den 14. Dezember 1910.

Die am Grabe des hl. Bonifatius versammelten Erzbischöfe und Bischöfe.

Wie bekannt, dreht sich der Streit darum, ob die katholischen Arbeiter in streng katholisch-konfessionellen Verbänden organisiert werden sollen, oder ob sie „christlichen" Verbänden beitreten sollen, in denen auch Mitglider der übrigen christlichen Konfessionen Aufnahme finden. Die frommen Hirten sind also, wie jener geheime Beschluß zeigt, bemüht, eine Formel zu finden, die ein Kompromiß ermöglicht. Das Bestreben geht offenbar dahin, die frommen Schäflein zwar in die „gemischten" Vereine zu schicken, aber diese Vereine möglichst unter die katholische Oberhoheit zu bringen.

Wie ein Märchen aus uralten Zeiten mutet besonders Punkt 5 an: das entscheidende Urteil darüber, ob die gegebene Organisation für katholische Arbeiter geeignet ist oder nicht, wird dem „kirchlichen Hirtenamt", d. h. den Bischöfen vorbehalten. Die Herren vom Krummstab als Wächter und Gebieter über das Verhalten der Arbeiter zu gewerkschaftlichen Organisationen — höher geht's nimmer! Noch grotesker wird die Wirkung, wenn man Punkt 2 und Punkt 5 zusammenstellt: die gewerkschaftlichen Organisationen sollen sich auf „praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebiets beschränken" und die Bischöfe sollen entscheiden, ob ihre „Wirksamkeit den kirchlichen Grundsätzen entspreche". Das ist sehr, sehr fein ausgeknobelt! Wenn dann die frommen Hirten etwa entscheiden, daß ein Streik des Teufels Werk sei und Streikbruch ein Gott gefälliges Werk, dann werden die katholischen Schäflein sich dem zu fügen haben.

Konsequent sind die Kirchenfürsten jedenfalls. Würde es ihnen gelingen, mächtige Organisationen auf solcher Grundlage zu schaffen, dann würden sie eine sehr wirksame Waffe in der Hand haben, um ihre politischen Interessen zu fördern; sie würden durch diese katholischen

„Gewerkschaften" nach Wunsch einen Druck auf die Kapitalisten ausüben. Zu zweifeln ist freilich daran, ob sich viele katholische Arbeiter finden, die sich auf diese Weise von ihren Hirten kommandieren lassen.

Jedenfalls ist dieser „Geheimbeschluß" der Bischöfe ein wichtiges und interessantes Kulturdokument. Daß er authentisch ist, bezeugt das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania", denn sie druckt ihn in ihrer Nummer 86 ab, zetert über die Indiskretion, zieht aber die Richtigkeit mit keinem Wort in Zweifel.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 20. April.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbüro der Gärtner befindet sich Stavenstraße 33.

Der 1. Mai naht!

Zum dreiundzwanzigsten Male rüstet das werktätige Proletariat aller Kulturländer für den Weltfeiertag der Arbeit. Es gilt am 1. Mai erneut zu erinnern an die weltgeschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse:

Erlösung aus den Sklavenketten des Kapitalismus
Propaganda für den Kulturgedanken des Sozialismus
Gegen des Wahnsinn des Massenmordes in den Kriegen
Gegen die Frivolität des Wettrüstens
Für die großen Gedanken der Völker-Verbrüderung und des Weltfriedens
Für den Ausbau der Sozialgesetzgebung

Es gilt am 1. Mai zu demonstrieren für die grundlegende Voraussetzung allen Fortschritts und aller Kultur **für Verkürzung der Arbeitszeit.** ∴ In übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse betrachtet die deutsche Arbeiterschaft die Arbeitsruhe als die würdigste Form der Maifeier. ∴ Der Essener Parteitag machte es zur Pflicht, überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Rüstet zum 1. Mai!

Strickte Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung die Schauerleute.

Der Begriff der Halsschmerzen oder des schlimmen Halses ist fast in ähnlichem Grade unbestimmt wie der der Erkältung. Die meisten Menschen pflegen nicht zu wissen, was ihnen fehlt, wenn sie über einen „schlimmen Hals" klagen. Das ist auch ganz begreiflich, weil der Hals überhaupt kaum als eine anatomische Einheit zu betrachten ist, sondern aus sehr vielen Organen zusammengesetzt ist, so daß auch die Halsschmerzen aus entsprechend vielen Ursachen entstehen können. Schon der sogenannte Rachenkatarrh ist ein recht vielseitiges Etwas und kann in seinem eigentlichen Wesen nur vom Arzt beurteilt werden. Dazu kommen aber noch die verschiedenen Teile des Mundes, einschließlich schlechter Zähne, die Mandeln und andere Drüsen, der Kehlkopf, die benachbarten Adern und Nerven usw. Bei dem Zustandekommen von Schmerzen sind nun stets Nerven beteiligt, und um Halsschmerzen insbesondere zu erklären, muß man zunächst die Nerven des Nasenrachenraums, des Rachens und des oberen Teils der Speiseröhre in Betracht ziehen. Außerdem ist aber zu beachten, daß die Empfindlichkeit in diesen Körperteilen viel unbestimmter ist als in anderen Organen. Der Arzt kann diese Beobachtung oft machen. Es ist beispielsweise einem Patienten, der wegen Taubheit untersucht wird, beim Berühren des Ausganges der zum Ohr führenden eustachischen Röhre nicht möglich, die berührte Stelle richtig zu zeigen. Die dabei auftretende Empfindung führt dazu, auf eine ganz andre Stelle zu zeigen. Noch auffälliger wird diese Unklarheit der Empfindung in der Halsgegend bei jemand, der einen Fremdkörper im Halse, etwa ein Knochenstückchen, verschluckt hat. Er vermag fast niemals die Stelle anzugeben, wo der Fremdkörper im Halse sitzt, sondern dieser wird in der Regel an einem ganz andern Platz gefunden. Es kommt ferner vor, daß eine Erkrankung des Halses vom Patienten selbst in das Ohr verlegt wird. Bei einer bösartigen Schwellung der Speiseröhre werden die Beschwerden vermeintlich geradezu im Gehirn verspürt. Diese eigentümlichen Erscheinungen erklären sich daraus, daß die Organe des Halses mit außerordentlich vielen und mannigfaltigen Nerven in Beziehung stehen, und daß diese Nerven die Empfindung reizen und nach vielen Richtungen ausstrahlen. Dr. Kelson hat in einem Vortrag vor der Londoner Ärztegesellschaft einen Fall beschrieben, in dem sogar bei einer Leberkrankheit über dauernde Schmerzen in dem augenscheinlich ganz gesunden Hals geklagt wurde. Dabei kann man solchen Kranken nicht etwa hysterische Veranlagung zuschreiben, die sonst häufig zu eingebildeten Schmerzempfindungen führt. Besonders zu behandeln sind die Halsschmerzen bei Leuten, die berufsmäßig ihre Stimme anstrengen, also bei Geistlichen, Lehrern, Sängern, Vortragsrednern usw. Gewöhnlich ist damit dann mehr oder weniger Heiserkeit verbunden. Diese Schmerzen sind wohl die einzigen, die jene allgemeine Bezeichnung verdienen, da sie vermutlich mit einer Ermüdung der Muskeln des Halses in großem Umfange zusammenhängen. Sie entsprechen wahrscheinlich den Muskelschmerzen an andern Stellen des Körpers, wenn diese einen übermäßigen oder ungewohnten Gebrauch erfahren haben, wie beispielsweise bei dem sogenannten Turnfieber. Damit kann freilich noch nicht gesagt werden, daß solche Halsschmerzen wirklich in den Halsmuskeln und nur in diesen ihren Sitz haben. In besonderem Grad muß bei häufig auftretenden Halsschmerzen auf die Zähne geachtet werden, da sehr oft der Hals durch diese in Mitleidenschaft gezogen oder vermeintlich in einen schmerzhaften Zustand versetzt wird. Ist es somit für den Arzt außerordentlich schwierig, den Ursprung von Halsschmerzen richtig festzustellen und demgemäß eine Behandlung einzuleiten, so ergibt sich daraus der Schluß, daß auch das Allgemeinbefinden für die Beurteilung in Rechnung gezogen werden muß. So können Halsschmerzen ohne eigentliche Erkrankung in dieser Körpergegend bei Bleichsucht auftreten, auch bei Rheumatismus, Verdauungsstörungen usw. Nach der Entscheidung über solche Zusammenhänge wird die Behandlung einzurichten sein. Magenverstimmungen sind wahrscheinlich überhaupt die häufigste Ursache von Schmerzen im Halse, indem dieser von der Speiseröhre aus angegriffen wird.

R. **Strafkammer.** Sitzung am 19. Februar. Wegen Hausfriedensbruches waren der Arbeiter J. und der Anstreicher K. vom Schöffengericht zu zehn Tagen bezw. zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. J. wollte nämlich eines Sonntags im vergangenen Februar von dem Trödler A. in der Marlesgrube seinen Eimer holen. Diesen Eimer hatte er seinem Bekannten K. geborgt, der bei dem betreffenden Trödler gearbeitet hatte. Unterwegs traf J. den A., der ihm jedoch den Eimer nicht aushändigen wollte, trotzdem ihn aber aufforderte, mit nach seiner Wohnung zu kommen. Auf diesem Wege soll nun J. den alten Mann wiederholt zu Boden gestoßen haben. Außerdem soll auch K., der hinzukam, sich an dem A. vergriffen haben. Die beiden Angeklagten bestritten das aber ganz entschieden. Auch wollen beide sich in keiner Weise des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Infolgedessen hatten sie Berufung eingelegt, desgleichen auch die Staatsanwaltschaft. Die Berufungsstrafkammer wies die Berufung der Angeklagten zurück, hob das Urteil des Schöffengerichtes auf und verurteilte, dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß, den Angeklagten J. zu 14 Tagen und den Angeklagten K. zu 10 Tagen Gefängnis. Während der Verhandlung spielte sich eine aufregende Szene im Gerichtssaale ab. Der Angeklagte J. bestritt ganz energisch, die Aussagen verschiedener Zeugen und war nicht zu beruhigen. Fortwährend beteuerte er seine Unschuld. Wegen Ungebühr vor Gericht wurde er zu einem Tage Haft verurteilt. — Wenn Händler untereinander handeln, so fällt manches Wort, das man nicht auf die Goldwage legen soll. Diese Ansicht vertrat der Verteidiger eines hiesigen Händlers, der wegen Betrugs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war und gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte. Dasselbe hatte der Staatsanwalt getan. Mit einem auswärtigen Pferdehändler war der Angeklagte geschäftlich in Verbindung getreten und hatte diesem als gute Sicherheit eine Hypothek geboten. Seine Angaben entsprachen jedoch nicht der Wahrheit. Das Gericht verwarf die Berufungen von beiden Seiten.

pb. **Eigentumsvergehen.** In den letzten Tagen sind vom Gelände des alten Mecklenburger Rangierbahnhofes drei Feldeisenbahnschienen gestohlen worden. Die Schienen sind zirka zwei Meter lang.

pb. **Folgende Warnung,** die auch das Lübecker Publikum interessiert, erläßt der Berliner Polizeipräsident: Bereits am 20. Juni 1908 habe ich auf das Treiben des Nervensanatoriums „Silvana" in Genf hingewiesen, das von Dr. Rumler begründet, von Dr. med. Ringelmann fortgeführt wurde und zurzeit von Dr. Kaplan geleitet wird. Seit Jahren hat sich das Institut bemüht, durch Anpreisungen und Versprechungen in gelesenen deutschen Zeitungen unter Hinweis auf ein von Dr. Rumler verfaßtes Buch „Neurasthenie" Leidende zu brieflicher Fernbehandlung und zu erheblichen, aber nutzlosen Aufwendungen zu bewegen, durch die zahlreiche Kranke in ihrem Vermögen geschädigt worden sind. Leider ist es trotz der von zahlreichen Behörden ergangenen Warnungen dem Institut gelungen, sein Treiben, zum Teil unter der Deckadresse „Verlag Äskulap" oder „Sanitas" Genf, mit Erfolg fortzusetzen, und selbst angesehene deutsche Tageszeitungen für seine Inserate in Anspruch zu nehmen. Da das Treiben des genannten Instituts geeignet ist, deutschen Staatsangehörigen Schaden an Gesundheit und Vermögen zuzufügen, so wird vor diesem, auf Ausbeutung leichtgläubiger und ängstlicher Personen berechneten Schwindel hiermit nochmals gewarnt.

pb. **Versteigerung.** Am Montag, dem 22. ds. Mts., vormittags 9 Uhr, findet im Geschirrschuppen der Straßenreinigung — unterhalb der Fleischhauerstraße — die Versteigerung der beim Polizeiamt eingelieferten Fundgegenstände statt.

Gemeindewahl. Von der Gemeindeversammlung in Kronsforde ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Wirts J. H. F. Meetz der Hufner H. F. J. Schnoor zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Gewählte ist in genannter Eigenschaft bestätigt.

E. Malserteiners Raubtier-Zirkus, der sein großes Zelt auf dem Burgfelde aufgeschlagen hat, beendet Montag abend sein hiesiges Gastspiel. Morgen finden drei Haupt-Dressur-Vorstellungen statt. Der Tierbestand ist ein reichhaltiger, ebenso sind die Dressuren sehr interessant und originell. Bemerkt sei noch, daß heute nacht im Zirkus eine Löwin drei Junge geworfen hat. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer unseres Blattes.

Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Freitag gab es vier flotte Kämpfe zu sehen. Gambier (Frankreich) warf Hißmann (Westfalen) nach einer Gesamtzeit von 1 Stunde 1 Minute. Vorher siegten Mamutow über Frachet in schon 2 Minuten durch Untergriff von vorn. Reglin (Lübeck) brauchte 10 Minuten, um Krichelsdorf durch Armfallgriff aus dem Stand auf beide Schultern festzuhalten. Gebhardt (Berlin) brachte den Breslauer Gokſch in 14 Minuten mit beiden Schultern auf den Teppich. Heute Sonnabend ringen: Hallmann—Petitjean, Sturm—Winzer, Ali Oglui—Gokſch und Entscheidungskampf Gebhardt—Reglin. Sonntag ringen: Callon—Frachet, Mamutow—Schwarz, Reglin—Gokſch und Entscheidungskampf Sturm—Petitjean.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Für die im Mai stattfindenden Festspiele ist es der Direktion gelungen, die hervorragendsten Vertreter für die Hauptpartien zu gewinnen. Es sind bereits vertraglich verpflichtet: Kammersänger Urlus vom Stadttheater in Leipzig, Kammersänger Soomer vom Hoftheater in Dresden, Kammersänger Moest vom Hoftheater in Hannover, Lohsing vom Stadttheater in Hamburg, Bischof vom Hoftheater in Berlin, Albert vom Stadttheater in Düsseldorf, Paul Wegener von der Reinhardt-Bühne in Berlin, Erb vom Hoftheater in Stuttgart. — Katharina Fleischer-Edel vom Stadttheater in Hamburg, Elisabeth Böhm van Endert vom Hoftheater in Berlin, Margarethe Kahler vom Stadttheater in Barmen, Frieda Schreiber vom Hoftheater in Schwerin, Luise Baers-Marck vom Stadttheater in Kiel, Adele Dorce vom Deutschen Schauspielhaus und andere. Als Dirigenten fungieren Hermann Abendroth und Karl Pfeiffer. Außerdem schweben noch Verhandlungen mit einem dritten hervorragenden Dirigenten.

Hamburg. Mord und Selbstmord verübte am Freitag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr in seiner Wohnung in der Süderstraße Nr. 61, Haus 4, der Arbeiter Heinrich Theeden. Theeden lebte seit längerer Zeit, da er wegen seiner Arbeitsscheu nicht genügend für seine Familie sorgte, mit seiner Frau in stetem Streit. Die Eheleute beschlossen daher sich zu trennen, und die Frau bezog mit ihrer in die Ehe gebrachten siebenjährigen Tochter Elli und ihrem zweijährigen in der Ehe geborenen Kinde am Montag eine Wohnung in der Sachsenstraße Nr. 20. Nach ihrem Fortzuge versuchte Th. nun die Frau brieflich zu veranlassen, sich wieder mit ihm zu vereinigen, was diese indes ablehnte. Auf ihre Weigerung erhielt sie wiederum Briefe mit der Drohung, falls sie nicht wenigstens in eine Aussprache unter vier Augen willige, würde er ihre siebenjährige Tochter und sich selbst erschießen. Am Freitag mittag holte er das Kind von der Schule ab, führte es in seine Wohnung und schrieb abermals einen gleichen Drohbrief, den er durch ein anderes Kind seiner Frau zuschickte. Diese eilte nach Kenntnisnahme des Briefes sofort nach dem Kriminalrevier 12 an der Billhorner Brückenstraße, um das Kind zu retten. Die Beamten begehrten aber vergeblich Einlaß in die verschlossene Wohnung und suchten durch ein Fenster einzudringen. Während dieser Versuche ertönten kurz nach einander zwei Schüsse und als sie die Wohnung betraten, fanden sie das Mädchen mit einer Schußwunde bewußtlos und den Mann als Leiche auf. Er hatte sich durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Die Tochter starb wenige Minuten später. Beide Leichen wurden dem Hafenkrankenhause zugeführt. Man vermutet, daß Th. die Absicht gehabt hat, bei einer Zusammenkunft auch seine Frau zu erschießen.

Eckernförde. Großfeuer. Der Besitz des Hufners Jürgen Naeve in Groß-Kirchhorst brannte bis auf den Grund nieder. 22 Milchkühe, 4 Starken und 12 Kälber sind verbrannt. Weiter haben 5 Kühe so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie geschlachtet werden mußten.

Geestemünde. Beendeter Werftarbeiterstreik. Die Nieter und Stemmer der Schiffbau-A.-G. Seebeck in Geestemünde haben nach einem mehrere Wochen währenden Ausstande die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiterforderungen wurden zum wesentlichsten Teile erfüllt.

Bremen. Der Untergang eines deutschen Schiffes. Das Bremer Segelschiff „Nixe" wurde im vorigen Jahre an eine Reederei in Chile verkauft und auf einer Werft zu der Ausreise neu hergerichtet. Es ging unter dem Namen „Wilhelmine" nach seinem neuen Heimatshafen Valparaiso ab. Nach einer Mitteilung des chilenischen Konsulats ist das Schiff in der Magellanstraße gestrandet und untergegangen. Von der Mannschaft scheint kein Mensch gerettet zu sein. Es befinden sich hierunter die deutschen Seeleute W. v. Luebke, H. Weinberg, C. Hansen, W. Hoesen, Heinrich Groth und Hinrich Groth. Das Schiff ist vollständig verloren.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der Arzt am Scheidewege", Komödie in 5 Akten von Bernh. Shaw. Unter den gegenwärtig lebenden englischen Bühnenschriftstellern nimmt Shaw sicherlich eine hervorragende Stellung ein. Er verfügt über mehr Geist und Witz als die meisten seiner Kollegen. Seine Komödien sind gewiß keine dramatischen Kunstwerke, die durch eine straffe Handlung wirken, sondern sie interessieren infolge des glänzenden mit kleinen Bosheiten reichlich gespickten Dialoges. Dazu kommt bei Shaw noch die Freimütigkeit in der Wahl der Ziele für die Pfeile seines Spottes, die vielfach an seinen größeren Landsmann Oskar Wilde erinnert. Im „Arzt am Scheidewege" wird sowohl die Kunst der Ärzte als auch ihre Gewissenhaftigkeit arg mitgenommen, aber es geschieht in so amüsanter Weise, daß selbst die Getroffenen die empfangenen Stiche mit einem Lächeln quittieren. Soweit sie Verständnis für Humor und Satire haben wenigstens. Sozialistisches ist in der Komödie allerdings nicht zu finden, obwohl Shaw sich selbst für einen Sozialisten hält und als solchen bezeichnet. Er kann jedoch höchstens zu den Amateur-Sozialisten gezählt werden, die gerade bei den Gegnern der Sozialdemokratie infolge der Krankheit ihrer Auffassung vom Wesen dieser Kulturbewegung sehr beliebt sind.

Auf eine vortreffliche Wiedergabe der Komödie hatte Herr Direktor Fuchs als Spielleiter große Sorgfalt verwendet. Ganz famos wurde das Kollegium der seltsamen ärztlichen Kapazitäten von den Herren Nowak, Brunow, Hoß, Schweisguth, Albert und Pauly gezeichnet. Das Opfer dieser medizinischen Größen, ein junger Maler, hatte in Herrn Schürer einen sehr tüchtigen Vertreter, der sowohl den Bruder Leichtfuß als auch dessen tragisches Ende wirkungsvoll zur Wiedergabe brachte. Nicht minder fesselte Frl. Römer als seine Gattin; auch ihre hübschen Toiletten erregten Aufmerksamkeit. Erwähnung verdient noch Frl. Gerlach für ihre prächtige resolute alte Haushälterin. Die Ausstattung war geschmackvoll und zweckentsprechend. Das Publikum schien die Komödie nicht recht zu verstehen, denn es nahm die Vorstellung verhältnismäßig kühl auf. P. L.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 21. bis 28. April 1912:

Neues Stadttheater. Sonntag, 21. April, nachmittags 3 Uhr: „Undine." Romantische Oper von Alb. Lortzing. Sonntag, 21. April, abends 7½ Uhr: „Martha." Hierauf: Frühlingsstimmen-Walzer „Barfußtanz." Montag, 22. April: „Der Rosenkavalier." Komödie für Musik von Rich. Strauß. Dienstag, 23. April: „Der Arzt am Scheideweg." Komödie von Bernard Shaw. Mittwoch, 24. April: „Der Mikado." Komische Operette von Sullivan. Donnerstag, 25. April: Novitäten: „Der Schlachtenlenker." Komödie von Bernard Shaw. Hierauf: „Noch sind die Tage der Rosen." Lustspiel von Conrad Neckels. Freitag, 26. April: Neu einstudiert: „Hans Heiling." Romantische Oper von H. Marschner. Sonnabend, 27. April: „Tiefland." Oper von Eugen d'Albert. Sonntag, 28. April: „Serva Padrona" (Die Wienerin als Herrin). Buffo-Oper von Pergolese. „Verlobung bei der Laterne." Operette von Offenbach. „Phantasien im Bremer Ratskeller." Ballettdivertissement von Graeb. Musik von Steinmann.

Stadthallen-Theater. Sonntag, 21. April, 8 Uhr: Zum letzten Male: „Zapfenstreich." Schauspiel von Benerlein. Dienstag, 23. April, 8 Uhr: „Boccaccio." Komische Operette von Suppe. Sonntag, 28. April: „Hoffnung auf Segen." Drama aus dem Seemannsleben von Heijermans.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 19. April.

1. Qualität	130—133 Mk.
2. „	124—128 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	126—129 „
do. II. do.	122—125 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. April.

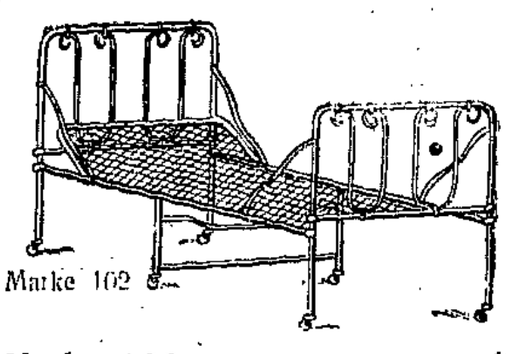
Auftrieb 4816 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 70,— (54,50 bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,00 (53,50 bis 54 50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67,— bis 68,00 (52,50 bis 53,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,— bis 67,00 (51,50 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,— bis 66,00 (44,00 bis 50,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63,— bis 65,00 (50,50 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 62,00 (45,00 bis 48,50) Mk.

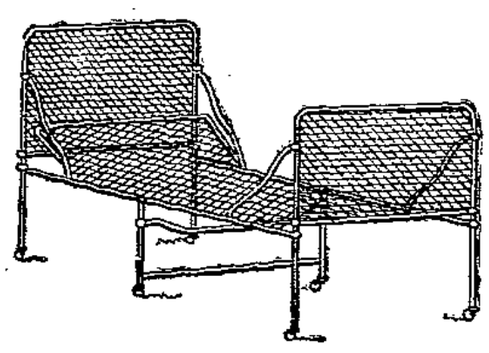
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Außerordentlich vorteilhaftes **Angebot.**

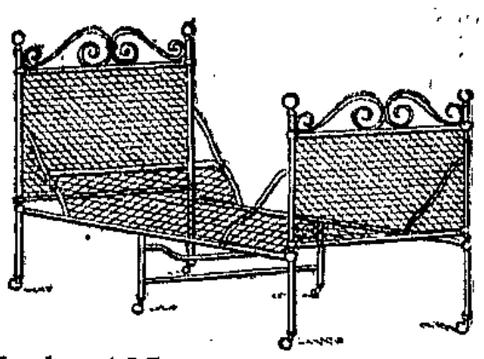
Eisenbettstellen



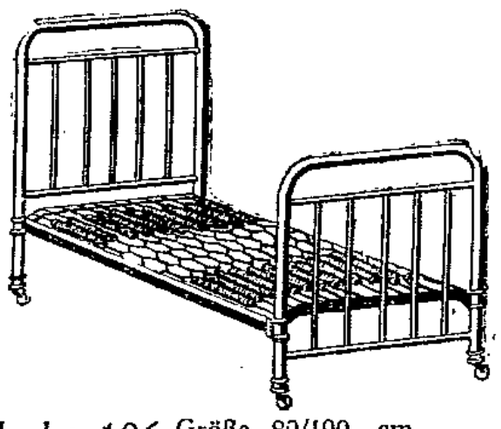
Marke 100 mit Bandeisenboden 4.95
Marke 101 m. dopp. Spiralbod. 8.25
Marke 102 hochfein lackiert . 9.00
Marke 103 extra schwere Ausf. 11.50



Marke 104 dopp. Spiralboden, hochfein lackiert 12.00

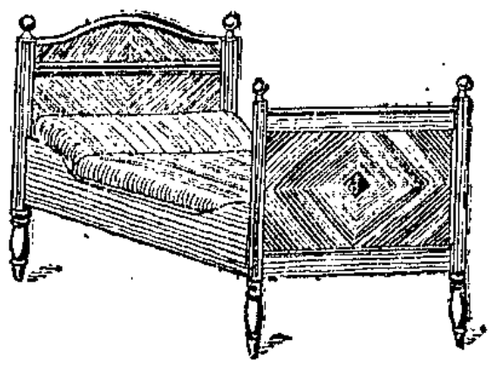


Marke 105 hochfein lackiert m. Messingknöpfen 14.75
Marke 105 weiß lackiert mit Messingknöpfen 13.75

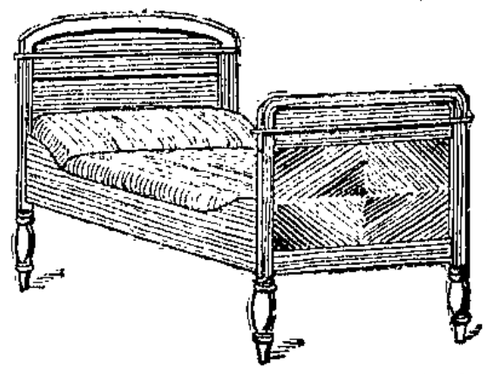


Marke 106 Größe 80/190 cm, a. 21 m/m Stahlrohr, hochf. elfenb. lack. m. Patentmatratze 19.50
Marke 107 Gr. 90/190 cm, gleiche Ausführung wie 106 21.50

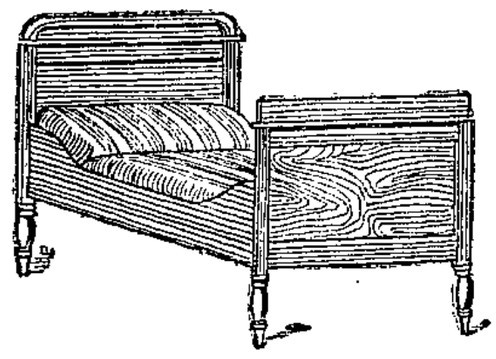
Holzbettstellen



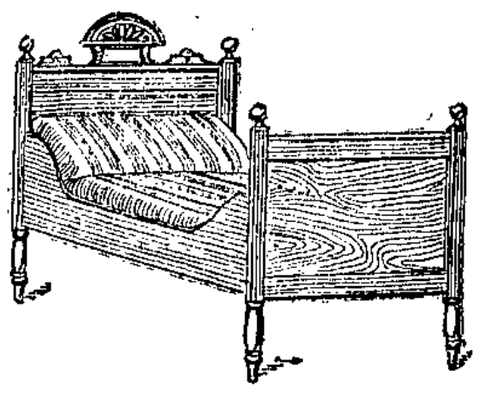
Walzenbettstelle
Ia. Lackierung, Nußbaum, Satin, Eiche, gemalt wie Abbildung 1½ schläfig . . 12.75



Engl. Bettstelle
in Nußbaum, Satin, Eiche gemalt wie Abbildung, 1½ schläfig 13.75



Engl. Bettstelle
starke Verarbeitung, Nußbaum, Satin, Eiche, lack. wie Abbildung, 1½ schläf. 18.50



Muschel-Bettstelle
besonders stark gebaut, in Nußbaum, Satin, Eiche, lack. wie Abbildung, 1½ schläfig . 11.50

Rudolph Karstadt.

Meinen werten Freunden und Gönnern die ergebene Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage das

Lichtspiel-Restaurant, Fünfhausen

übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, meine Gäste in jeder Weise zufrieden zu stellen.

C. Steinfatt.

Bringe allen Freunden und Gönnern meine renovierte

Restauration und Stehbierhalle „Zum alten Tivoli"

Wakenitzmauer 9, Ecke Rosenstraße,

in freundliche Erinnerung.

Indem ich für gute Speisen und Getränke sowie aufmerksame Bedienung stets Sorge tragen werde, ersuche ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen. Hochachtungsvoll

Max Ohnesorge.

VICTORIA RADER

Vertreter: Heinrich Körner, Lübeck, Große Burgstraße.

Fahrräder

in allen Preislagen. Erstklassige Fabrikate.

Schriftliche Garantie. Reparaturen prompt.

H. Krohne, Schwartau, Eutiner Str. 1.

10.50 Mk. 12.50 Mk.

Rote Rabattmarken

oder 4 Prozent bar.

15.50 Mk. 18.00 Mk.

Alleinverkauf

F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlg. u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.

Spezialitäten

d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57

Bungescher Speiseessig, Kons. Honigessig, Ia. Flomheringe, Ia. Anchovis, Ia. weinsaure Salzgurken, Ia. Magdeburger Sauerkohl Ia. Rollmops.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. Gr. Burgstr. 32.

Vom Guten das Beste!

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Lübeck, Breite Straße 40.

Einem geehrten Publikum von Lübeck zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage

Marlesgrube 52

eine Niederlage von dem so sehr beliebten

Kurauer Original Bauernbrot

errichtet habe.

Offeriere außerdem:

Diamantmehl in Beuteln.

Pflanzenbutter „Südwest" Pfd. 90 Pf.

Margarine: Marke Ledermäulchen Pfd. 80 Pfg.

Mein Prinzip ist:

Vom Guten das Beste! Großer Umsatz, kleiner Nutzen.

Am Sonnabend, dem 20. April, erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Schwarz- und Feinbrotes im Werte von 1.00 Mk. ein Korinthenbrot oder Mandelzuffe gratis.

Hochachtungsvoll

Ida Wesermann.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 93. Sonnabend, den 20. April 1912. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 19. April 1912.

41. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident Kaempf mit, der englische Botschafter Goschen habe ihn gebeten, dem Reichstag den Dank Englands für den Ausdruck des Mitgefühls bei dem Unglück der „Titanic" zu übermitteln.

Hierauf wird die zweite Lesung des

Etats des Reichsjustizamtes

fortgesetzt.

Heine (SD.): Zunächst will ich im Auftrage meiner Fraktion zu den vorliegenden Resolutionen Stellung nehmen, zuerst zu der von den Konservativen eingebrachten über den Schutz der Jugend gegen die Schmutz- und Schundliteratur. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß dem verderblichen Einfluß einer schmutzigen Literatur und Kunst durch nichts besser vorgebeugt und entgegengetreten wird, als durch diejenigen Bestrebungen, die der Jugend die Möglichkeit geben, ihren Geist beizeiten auf ernste und verständige Dinge zu richten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf diesem Gebiet hat die Sozialpolitik das ihrige geleistet. Sozialdemokraten haben Jugendbildungsvereine ins Leben gerufen, und der Jugend Gelegenheit gegeben, sich durch sachliche Schriften zu bilden. (Zuruf rechts: der wahre Jakob.) Das ist keine Jugendzeitschrift, mein verehrter Herr. (Gr. Heiterkeit.) Wir haben genügendes getan, um die Jugend wirklich auf gute Wege zu leiten. (Lachen rechts.) Lesen Sie bitte, was der konservative Schriftsteller von Grotthuß in seinem „Türmer" und der sehr mäßig liberale Avenarius in seinem „Kunstwart" darüber sagt, und dann halten Sie gefälligst den Mund. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir haben bewiesen, daß es uns ernst ist auf diesem Gebiet, und mit dem Ergebnis, daß die Herren von der Rechten, die Polizei und die ganzen Staatsbehörden mobil gemacht sind, um die Jugend dem Einfluß einer segensreichen Bildungsmöglichkeit zu entziehen und vor die Schaukästen zu treiben, wo sie schmutzige Bilder sehen, und sie wieder zu der Schundlektüre zu bewegen, die auf allen Eisenbahnhöfen erlaubt ist, wo der „Vorwärts" verboten ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir wissen auch, daß unter dem Mantel der Schutzprediger der Sittlichkeit der Pferdefuß der Gegnerschaft gegen wirkliche Freiheit in Kunst und Literatur verborgen ist; von der Bekämpfung des Schmutzes reden Sie und die geistige Freiheit meinen Sie. Darum stimmen wir gegen die Resolution. Der Resolution der Polen über die Tagegelder für Schöffen und Geschworene stimmen wir selbstverständlich zu. Was die Resolution anbetrifft, die eine Aufsicht über die Kinematographen-Theater verlangen, so sind wir grundsätzlich überhaupt keine Freunde einer weitgehenden Polizeiaufsicht, aber da die Aufsicht einmal über die Theater besteht, so sollten denn auch die sehr viel geringwertigeren Kinematographentheater von ihr nicht ausgenommen werden. Wir stimmen daher der Resolution zu. Dagegen lehnen wir die Resolution über die Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe und die Gebührenordnung für die Rechtskonsulenten ab, weil wir nicht wünschen, daß wieder ein neues Gewerbe einer Polizeiaufsicht und einem Konzessionsverfahren unterstellt werde, und vor allem, weil wir befürchten, daß die Zulassungsbedingungen denn auch angewendet werden würden auf die Arbeitersekretariate. Trotzdem Graf Posadowsky seinerzeit die feierliche Versicherung abgegeben hat, daß die Arbeitersekretariate nicht als gewerbsmäßige Rechtsauskunftsstellen angesehen werden sollten, ist es doch in einer Reihe von Fällen von den Behörden geschehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich wende mich dann zu den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs, zu den Äußerungen der Rechtsanwälte und ihre Gebühren. Was ich über die Gebühren sage, sage ich aber lediglich auf Grund meiner Erfahrungen als Anwalt, ohne meine Fraktionsgenossen, mit denen ich darüber noch nicht gesprochen habe, damit zu binden. Gestern ist hier auch über die Zusammenstöße zwischen Richtern und Rechtsanwälten gesprochen worden, und sie sind auf die Sensationssucht und das Reklamebedürfnis von Rechtsanwälten zurückgeführt. Zweifellos ist mancher Rechtsanwalt zu weit gegangen, aber ebenso ist auch vom Richtertisch zu weit gegangen, in der Art, wie dort die Ansprüche auf Autorität vertreten sind. Das ganze Verhältnis würde sich besser regulieren, wenn die Vorsitzenden nicht die Befugnis zur Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Anwälte hätten. Durch den Knüppel der Ordnungsstrafe bringt man die Anwälte nicht zu einer besseren Stellung gegenüber den Richtern. Einem Vorsitzenden, der so ungezogen und ungeschickt ist, einem einen Puff zwischen die Rippen zu rennen (Heiterkeit), ist es schwer zu antworten, ohne daß man dabei beleidigt. Der Staatssekretär hat uns gesagt, das neue Strafgesetzbuch werde erst vor den neuen Reichstag kommen. Als dieser Reichstag mit 110 Sozialdemokraten hier hereinmarschierte, haben wir ja erwartet, daß man uns nicht ein Strafgesetzbuch bringen würde, das ein Attentat auf die politische Freiheit und das Koalitionsrecht enthält. Man hofft offenbar, das nächste Mal einen lieberen Reichstag zu haben. Soweit der Entwurf bekannt geworden ist, können wir darin nur ein verkapptes Zuchthausgesetz sehen. (Sehr wahr bei den Soz.) Den Entwurf über die Konkurrenzklausel kennen wir noch nicht, aber von dem, was bis jetzt bekannt geworden ist, sind die Angestellten nicht befriedigt. Vollständig ausgeschwiegen hat sich der Staatssekretär über die von Stadthagen angeschnittene Maßregelung eines nationalliberalen Richters. Beruht der Fall auf Wahrheit, so liegt darin ein ganz gröblicher Eingriff in die Freiheit, die politische Ehre und die politischen Rechte eines Richters. und die Herren Nationalliberalen sollten sich doch regen und ihrem Freunde helfen. Aber so ist es stets, wir Sozialdemokraten müssen auch für die Rechte unserer politischen Gegner eintreten, sie selber wagen es nicht mehr. (Sehr wahr bei den Soz.) Sehr beredt hat sich der Staatssekretär auch ausgeschwiegen über die Äußerung Stadthagens über den Duell-Erlaß. Ich bin gewiß kein Fanatiker der Gesetzlichkeit; was aber bei dem Duell unser Rechtsgefühl so verletzt, ist die systematische Gesetzesverletzung von Behörden und Beamten, die berufen sind, die Gesetze zu wahren. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zugehörigkeit zu einer schlagenden Verbindung ist heute die Voraussetzung einer besseren Karriere. Ein sehr ernstes Gesicht hat die Sache in der Armee. Die sämtlichen Ehrenräte sind Vereine mit einem Zweck, der den Strafgesetzen zuwiderläuft, und § 129 des Strafgesetzbuches muß auf sie angewendet werden, denn sie sind Verbindungen, zu deren Zweck und Beschäftigung es gehört, die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern. Ich bin gespannt, was der Staatssekretär zu dieser Auslegung sagt. (Zuruf b. d. Soz.: Garnichts!) Der Staatssekretär hat dann über den Fall Herrmann gesprochen und gesagt, die Staatsanwaltschaft hat sich einige Tage nach dem Vorfall in Bewegung gesetzt, um die Schuldigen zu ermitteln. Es fragt sich nur wie! Sie hat zwei Leute gehört, welche die Nummern der beiden Schutzleute angeblich zu kennen glaubten, und sich dann bei der Polizei nach diesen erkundigt, und auf die Antwort, der eine sei im Lazarett, der andere anderswohin kommandiert, die Akten beiseite gelegt. Was ist das für ein Verfahren, wenn man die Solidarität dieser Unterbeamten kennt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In einer gegen die Polizei gerichteten Strafsache die Ermittlungen der Polizei anvertrauen, heißt denn doch, den Bock zum Gärtner machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Man hätte sie nur durch einen älteren erfahrenen Staatsanwalt und einen Richter vornehmen lassen sollen. Als nachher in dem Prozeß durch die Zeugenaussagen sehr anschaulich bewiesen wurde, wie ernst die Sache war, und daß kein Zweifel an der rechtswidrigen Tötung Herrmanns durch Beamte vorliegen konnte, hat die Staatsanwaltschaft, gedrängt durch uns Verteidiger, die Ermittlungen wieder aufgenommen. Es sind 200 oder 300 Schutzleute vernommen worden. Ebensogut hätte man 3000 vernehmen können. Das war alles nur für die Katz, alles nur ein Mittel, um sich nun zu exkulpieren, man habe alles getan. Es kommt darauf an, daß man so etwas im richtigen Moment und in der richtigen Weise tut. Nebenbei bemerkt, gehört die Polizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft sozusagen auch zu den Organen der Rechtspflege, und die Kritik, die wir gegen diese Rechtspflege richten, richtet sich in erster Linie auch gegen diese Hilfsorgane dieser Rechtspflege, wenn es möglich ist, daß auf offener Straße am hellen Tage ein Mann durch uniformierte Schutzleute niedergeschlagen, wenn man Dutzende von Leuten weiß, von Beamten, die zu der bestimmten Zeit in der Gegend gewesen sind, wenn man die ganzen Listen von den Beamten hat, die da beschäftigt waren. Ich verweise darauf: sobald wir als Verteidiger einen Zeugen benannten, der an dieser oder jene Stelle etwas beobachtet hatte, war die Polizei sofort imstande ein halbes Dutzend Schutzleute anzugeben, die angeblich an derselben Stelle gewesen waren (Hört, hört! b. d. Soz.), die auf die Minute beschworen, an dieser Stelle gewesen zu sein, und von der Sache nichts gesehen zu haben. (Lachen b. d. S.) Also die Polizei war informiert, an welchen Stellen ihre Leute gewesen waren, und trotzdem ist es ihr nicht gelungen, die beiden dort beschäftigten Schutzleute herauszufinden. Das ist der Bankerott der Justiz. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Zuruf: der Polizeipräsident!) Ach, der Polizeipräsident hat ja schon auf Vorschuß erklärt, es wäre alles in Ordnung und hat verkündet, das Ehrenschild der Polizei wäre rein, als er den Fall Herrmann bereits kannte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit diesem Herrn setze ich mich nicht mehr auseinander. (Bravo b. d. Soz.) Gestern haben sich hier zwei Richter, die zugleich Abgeordnete sind, hingestellt und sich und ihren Kollegen das Vertrauen ausgesprochen. (Heiterkeit a. d. Soz.) Das ist ja sehr schön, wirkt aber nicht sehr überzeugend. Der eine, Herr Dr. Belzer, beschloß seine Rede damit, daß er die Unbestechlichkeit der deutschen Richter rühmte. Wäre ich Richter, so würde ich mir darauf nicht viel einbilden, hierüber sollte man doch im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht noch Worte machen. Wir stehlen doch alle nicht mehr. Soll man sich dessen noch besonders rühmen. (Heiterkeit.) Dr. Belzer sprach auch von der Vorbildung der Juristen. Wenn es sich um die Kenntnisse von Gesetz und Jurisprudenz handelt, habe ich gar nicht das Bedürfnis nach größerer Gelehrsamkeit der Richter. Der Fehler steckt ganz wo anders, er liegt in dem, wovon soviel gesprochen wird unter dem Namen der Weltfremdheit der Richter. Das liegt an der ganzen Entwicklung unserer Lebensverhältnisse. Die Richter rekrutieren sich mehr und mehr aus den Kreisen der Besitzenden und Beamten, und die Kluft zwischen den einzelnen Kreisen der Bevölkerung ist immer tiefer geworden. Es ist keine böswillige Absonderung der einzelnen Bevölkerungsschichten vorhanden, sondern sie ist in den wirtschaftlichen Tatsachen begründet, und dies ist der Grund dessen, was man als Klassenjustiz bezeichnet. Der Abg. Dr. van Calker hat zweimal betont, er glaube nicht an Klassenjustiz und glaube nicht, daß ein Richter wider besseres Wissen das Recht beugt. Er hat von seinem theoretischen Standpunkt ohne Kenntnis dessen gesprochen, was man in der Politik unter Klassenjustiz versteht. In dem Handbuch für sozialdemokratische Wähler vom Jahre 1911 ist in aller Entschiedenheit hervorgehoben, daß die Behauptung der Klassenjustiz nicht besagt, der betreffende Richter beuge wissentlich das Recht; dagegen ist es namentlich in Fällen, die die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe berühren, sehr häufig, daß die Richter nicht das zu einer richtigen Abwägung notwendige Verständnis für die Interessen der arbeitenden Klassen aufbringt. Selbst der Abge-

---

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Die gnädige Frau kommt vielleicht wegen der Gespräche? Eline ist noch nicht ganz fertig. . . . Die arme Kleine hat nur am Abende Zeit. !" Und nun erzählte sie von dem arbeitsvollen Leben ihrer Tochter, von ihren Gängen, ihren Lektionen, wie sie darauf bestände, alles selbst machen zu wollen. „Sie sagt mir immer: Du hast genug gearbeitet, Mama, Du mußt Dich nun ausruhen. — — Ach! sehen Sie, das ist ein Kind. —"

Dieses „sehen Sie", von zwei großen Tränen begleitet, sagte mehr als die Redensart, die sie suchte, und welche die Frau des Bankiers ebenfalls in den Ecken des kleinen Salons, welchen sie genau mit ihren hellen Augen musterte, zu suchen schien.

„Wieviel verdient Ihre Tochter denn mit ihren Stunden? —" fragte sie, als die Mutter ausgesprochen hatte.

„Je nachdem, verschieden, gnädige Frau."

Eline würde ziemlich gut bezahlt, erzählt sie; aber es gäbe auch Zeiten ohne Verdienst, die Zeiten der Badereisen, der Seebäder und der fernen Sommerfrischen, welche Lina nie mitmachen wollte, um sie nicht allein zu lassen. Sie wäre gerade dabei, ihre kleinen Rechnungen durchzusehen. — Dieses Jahr habe sie wohl an die viertausend Francs eingenommen.

„Ich biete ihr das Doppelte, wenn sie sich unseren Schulen widmen will. —" Diese Worte wurden nachlässig, in dem geringschätzigen Tone eines Millionärs hingeworfen. Frau Ebsen war geblendet. Achttausend Francs, welch eine Morgengabe für die kleine Häuslichkeit! Aber bei reiferer Überlegung schien es ihr doch unmöglich. Man müßte dann ja auf alle die schönen Verbindungen, auf d'Arlots, auf die Baronin, auf die man wegen Lories Beförderung rechnete, Verzicht leisten. Niemals würde ihre Tochter darin einwilligen.

Frau Autheman berief sich dagegen darauf, wie ermüdend dieses Leben und wie groß die Gefahr für eine junge hübsche Person sei, so allein durch ganz Paris zu gehen, während im andern Falle ihr Wagen sie jeden Morgen abholen würde. Endlich nach vielen dringenden Bitten gab die Mutter nach für drei Tage in der Woche. Man verständigte sich wegen des Honorars, wegen der Stunden. Eline würde in Port-de-Bells frühstücken und vor Einbruch der Nacht heimkehren. Wenn es einmal später werden sollte, so gäbe es ja auf alle Fälle Zimmer genug im Schlosse.

Frau Ebsen schrie entsetzt auf: „Was das betrifft, nein, niemals! — Ich würde nie schlafen können, wenn ich mein Kind nicht zu Hause wüßte —."

Die andere unterbrach sie kurz, indem sie aufstand, um fortzugehen: „Sie haben Ihr Kind sehr lieb, Madame?" fragte sie in ernstem Tone.

„— Ja, sehr —", antwortete die Mutter, unwillkürlich bewegt von dem tiefen, ernsten Tone dieser sonderbaren Frage. „Ich habe nichts auf der Welt, wie meine Tochter. Wir sind bisher nie getrennt gewesen und niemals werden wir uns verlassen."

„— Und dennoch verheiratet sie sich?"

„— Ja, aber wir werden immer zusammen bleiben. Das war meine erste Bedingung."

Sie traten in den Hausflur.

„Man hat mir gesagt, dieser Lorie gehöre nicht der wahren Kirche an — —", sagte Frau Autheman, indem sie das Treppengeländer erfaßte und sich den Anschein gab, als wäre ihre Frage ohne jede Wichtigkeit. Die Mutter, welche hinter ihr ging, wurde um die Antwort verlegen, denn sie kannte die Dame: Herr Lorie sei allerdings nicht — — —. Aber die Trauung würde dennoch in der protestantischen Kirche stattfinden. Oh! Eline bestände selbst darauf.

„Ich empfehle mich Ihnen, Madame — — —," sagte die Frau des Bankiers mit barscher Stimme; und als Frau Ebsen ganz außer Atem und mit fliegender Haube an die Türe kam, fuhr das Coupee schon im schnellen Trabe davon, sie so des eitlen Vergnügens beraubend, ihrem vornehmen Besuch vor den Augen der ganzen erstaunten Nachbarschaft in den Wagen zu helfen.

Neuntes Kapitel.

Auf der Höhe.

Erikshald, via Christiania.

„Nun, meine liebe Eline, habe ich Ihren Rat befolgt und versucht, mich dem Sklavenleben, dessen schwer verdiente Brosamen mir so hart vorkamen, zu entreißen; und weil mein Körper zu schwach ist, um dem Willen meiner Seele zu folgen, habe ich mich trotz der heiligen Flamme, die in mir brennt, dazu verurteilt, außerhalb meines lieben Klosters zu leben, und da ich doch diese reine Flamme wenigstens an sicherem Orte wissen wollte, befinde ich mich tief in dem heimatlichen Fjord, angesichts des norwegischen Meeres, das ich seit fünfzehn Jahren nicht gesehen. Sie fragen, wie der Bruch zwischen mir und der Fürstin entstand? Ach, ganz plötzlich und wunderlich, wie ich es nur von einer so phantastischen Person erwarten durfte. Als wir vorübergehend in Budapest waren, fand ich dort einen alten Kameraden Kossuths, einen überzeugungstreuen Patrioten, der allerdings in das bitterste Elend geraten, aber doch würdevoll und stolz unter seinen Lumpen geblieben war, mit einem Worte ein Held, ein Heiliger. Um ihn zu unterstützen und zugleich zu ehren, ließ ich ihn an der Hoteltafel neben mir sitzen. Welches Ärgernis! Alle Damen standen auf und erklärten nicht mit einem Bettler speisen zu wollen, als ob der göttliche Meister, welcher den Armen die Füße wusch, nicht zwanzigmal das Beispiel der heiligen Demut gegeben hätte. Die am meisten von allen Entrüstete war die Fürstin, die, trotzdem sie dem liberalen Christentum angehören wollte, doch ganz durchdrungen ist, von dem Despotismus ihrer Kaste und ihrer Rasse. Nach einer heftigen Auseinandersetzung ließ sie mich ohne Geld in der unbekannten Stadt zurück, und so war ich gezwungen, mich von meinem Konsul mit einem Armutszeugnisse nach der Heimat befördern zu lassen. Diese Bekräftigung meines früheren Armuts-Gelübdes hätte mir jedoch meine Ruhe und Heiterkeit durchaus nicht geraubt, wenn ich nur hier die gewünschte Zuflucht gefunden hätte.

Ach, meine Freundin!

Zuerst, bei der Ankunft, freute ich mich aufrichtig das kleine Fischerdörfchen wieder zu sehen, seine hölzernen Häuser, den Kirchturm, welcher wie eine Warte die Wellen beherrscht und rings um die Kirche, welche an Stelle bunter Glasfenster nur die Bläue des Meeres hat, den Friedhof mit seinem hohen Grase, mit seinen dicht aneinander gereihten Kreuzen, die von Wind und Wellen durcheinander geworfen schienen.

Welch schöner Ort zum Beten und in Gott zu leben, wenn man nicht jeden Augenblick durch die Bosheit, die Dummheit und den habgierigen Lärm des armen menschlichen Viehes, welches hier grast, gestört würde. In all diesen Augen sieht man nicht den geringsten Widerschein des Himmels, nicht den leisesten Gedanken an das jenseitige Leben. Auf der kleinen niedrigen Kirchhofsmauer spielen die Kinder, sitzen die Weiber, welche hier nähen und ihre mörderischen Zungen dabei wetzen; und Sonntag abend tanzen die schönen Mädchen dort ihren Reigen und stören den Tod durch ihre profanen Lieder, und bewegen mit ihren fliegenden Röcken die Schatten der Grabkreuze, die sich, vom Mondschein verlängert, bis zum Strande erstrecken. Doch was ich zu Hause gesehen, ist noch viel trauriger."

(Fortsetzung folgt.)

ordnete Dr. Heinze hat hier im Februar 1908 erklärt, die Klagen über Klassenjustiz entbehren nicht immer der Berechtigung. Die Richter stehen eben den besitzenden Klassen gesellschaftlich nahe und bekommen daher in einseitig gefärbter Weise von den Dingen Kenntnis. Der Richter sagt sich nicht, der eine ist reich, der andere ist arm und ich vertrete die Interessen des Reichen — so ehrlich sind die Menschen selten gegen sich selbst. Der Richter unterliegt vielmehr der Suggestion, daß ein Beamter mehr Glauben verdient, als ein nicht beamteter Mensch, (sehr richtig! b. d. Soz.), wozu der Gedanke kommt, daß Arbeiter, die gegen ihren Arbeitgeber vorgehen, sich gegen die Autorität auflehnen. Typisch ist die Äußerung eines Richters in einem der Bochumer Prozesse, „die Arbeitswilligen müssen mit allen Mitteln geschützt werden, deshalb sind die Höchststrafen am Platze.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist ein eklatanter Beweis, daß dieser Richter wissentlich oder unwissentlich ein Instrument der Klassenjustiz ist. Das Klasseninteresse der Grubenherren, welche ganz Westfalen regieren, hat hier vielleicht unbewußt mitgewirkt. Daß Richter immer und immer wieder fragen, warum denn Arbeiter sich an ihren Verband wenden, und warum denn Verbandsbeamte sich in die Angelegenheiten mischen, beweist, wie frei sie von jedem Verständnis von solchen Dingen sind. (Widerspruch rechts.) Oder sollten solche Fragen böswillig sein und der Hintergedanke dahinter stecken, jeder Gewerkschaftsbeamte sei ein Aufwiegler, und jeder streikende Arbeiter ein Aufrührer, der sich gegen den Arbeitgeber auflehnt. Dieser Standpunkt eines wenig fortgeschrittenen Unternehmertums, den viele Unternehmer längst überwunden haben, macht sich am Richtertisch immer wieder geltend. Eine Art Autoritätskoller erfaßt die Richter, wenn sie hören, es lehnt sich jemand gegen die gottgewollte Abhängigkeit eines Fabrikdirektors oder eines Fabrikinspektors auf. So werden denn auch enorm hohe Strafen verhängt. Wenn das in Hunderten von Fällen geschieht, so beweist das, daß die Justiz unter dem Einfluß des Klassenkampfes steht. In Unna verurteilte das Schöffengericht einen Streikbrecher, der mit einem Revolver geschossen hatte, nicht auf Streikende, dann wäre er überhaupt nicht angeklagt worden, sondern auf das geheiligte Militär, zu zwei Wochen Gefängnis und zwanzig Mark Geldstrafe. Es war ja ein Streikbrecher, ein Streikender wäre ja sicherlich wegen Mordversuchs auf fünf Jahre ins Zuchthaus gekommen. Dasselbe Schöffengericht verurteilte eine Frau, die jemanden „Streikbrecher“ zugerufen hatte, wofür der Amtsanwalt drei Tage Gefängnis beantragt hatte, zu drei Wochen Gefängnis. (Hört, hört! bei den Soz. und Infam!) Die Abkürzung der Ladungs- und Einlassungsfristen ist zwar vom Reichsgericht für zulässig erklärt. Aber der systematische Zwang zum Verzicht gegen die Untersuchungsgefangenen ist ein Verstoß gegen den Geist des Gesetzes, für den es kein genügend scharfes Wort gibt. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Ebenso steht es mit der systematischen Verweisung von Bagatellsachen an die Strafkammer statt an die Schöffengerichte, um den Angeklagten die Wohltat einer zweiten Instanz zu entziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jeder große Streik beweist uns von neuem, daß die Richter die Vorurteile aus ihrer Umgebung nicht überwinden können. Oft fehlt es auch an dem guten Willen dazu. Manche Richter schwelgen förmlich darin, mit beleidigenden Ausdrücken gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften um sich zu werfen. Das beweist, daß in dem ganzen Stande nicht so viel Selbstzucht vorhanden ist, um solche Richter zur Erkenntnis der richterlichen Würde zu bringen, und es ist schlimm, daß solche Richter, wie Herr Mundry in Breslau, noch immer im Amte sind. Da sollte man mit Disziplinaranklagen vorgehen, denn eine Beleidigung gegen wehrlose Angeklagte auszustoßen, ist ein Mißbrauch des Amtes. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Wahl der Richter durch das Volk ist das einzige Mittel, um mit der Herrschaft der Vorurteile einer Klasse aufzuräumen. Aber sie liegt in der Zukunft, und wir haben uns mit der Gegenwart zu befassen, und da möge der Staatssekretär bei den Bundesstaaten seine gewichtige Stimme — oder sollte die Stimme des Reiches nicht gewichtig sein — in die Wagschale legen gegen die Klassenjustiz. Er könnte das schon tun, wenn er hier erklärte: Ja, es gibt eine Klassenjustiz, wir können das aber leider nicht ändern. Dies erlösende Wort verlange ich vom Staatssekretär. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Pfeiffer (Ztr.): Unsere Richter sind sicherlich unbestechlich; aber häufig muß man doch den Kopf schütteln über die Verschiedenheit von Urteilen. Die von dem Abg. Dr. van Calker soeben eingebrachte Resolution, die eine einheitliche Regelung der akademischen Vorbildung der Juristen verlangt, ist uns sehr sympathisch. Doch muß auch die Examenpraxis vieler Professoren eine andere werden. Die Resolutionen, betreffend die Kinematographen-Theater, unterstützen wir. So wertvoll die Kinos für die Darstellung wissenschaftlicher Objekte sind, so vergiftend wirken sie durch sensationelle Dinge. Man sollte die Bilderzensur einheitlich für das Reich regeln und eine Zentralinstanz dafür schaffen. Auch sollte man die Programms für Kinder und Erwachsene trennen. (Bravo! im Ztr.)

Frhr. v. Richthofen (NL.) begründet eine Resolution seiner Partei, die Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe zu regeln und eine Gebührenordnung für sie festzustellen und wünscht eine strengere Bestrafung ausländischer Spione, vor allem nicht durch Festungshaft. Durch ein schnelleres Justizverfahren würde die Klassenjustiz kaum gestärkt werden. Die Wahl der Richter würde diese von Majoritäten abhängig machen. Das wäre schlimmer, als ihre Abhängigkeit von Klassenvorurteilen. (Sehr richtig! rechts.) Sollte der Fall des Amtsrichters Havenstein so liegen, wie die Zeitungsnachrichten besagen, so wäre das doch sehr merkwürdig. Im Abgeordnetenhaus werden wir uns näher danach erkundigen. Zur Vermeidung etwaiger Klassenjustiz müssen unsere Richter vor allem jede Weltfremdheit abstreifen. Die praktische Seite der Ausbildung unserer jungen Juristen ist leider recht mangelhaft. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Lisco bittet, die Resolution bezüglich der Rechtskonsulenten abzulehnen. Diese würden nur zugelassen, wo Rechtsanwälte fehlen. Ergänzungen und Verschärfungen des Spionagegesetzes werden von der Strafrechtskommission erwogen. Von militärischer Seite ist dies noch nicht angeregt worden. Dem Abg. Heine bemerke ich, daß die Aufschiebung der Reform des Strafprozesses wirklich nichts mit der Tatsache zu tun hat, daß seine Freunde hier im Reichstag zu stark vertreten sind.

Dr. Ablaß (Vg.) fragt, wie weit es mit der Schaffung eines Geldwechselrechtes sei und tritt für die Beteiligung des Laienelementes an den Strafgerichten I. und II. Instanz ein. Um die absolute Unabhängigkeit der Richter sicher zu stellen, wäre es sehr angebracht, wenn die deutschen Richter auf alle Titel und Orden verzichten und allein Befriedigung in der Würde ihres Amtes finden würden. Ebenso wie die Richter müßten auch die Anwälte vor unberechtigten Angriffen geschützt werden. Das Palladium des Anwaltsstandes sei die freie Advokatur. Von unlauteren Elementen sich fernzuhalten, daran habe der Anwaltsstand selbst ein Interesse. Die fortwährenden Zusammenstöße zwischen Anwälten und Richtern müßten auch den Laien erwidern und nach Beendigung des Schermach-Prozesses sei es an der Zeit, diesem würdelosen Treiben nachzugehen und Wiederholungen unter allen Umständen zu verhindern. Die Wiedergabe von Landgerichtsurteilen durch die Presse habe das Reichsgericht als unzulässig erklärt; nur Reichsgerichtsurteile dürften publiziert werden, weil sie belehrend wirken. (Hört, hört! links.) Das sei ein unhaltbarer Zustand. § 193 müsse dahin ausgebaut werden, daß gutgläubige Behauptungen auch in der Presse straflos bleiben, wenn sie im öffentlichen Interesse aufgestellt werden. Das Polizeiverordnungswesen müsse einheitlich geregelt und bestimmt werden, daß jede Polizeiverordnung nach 30 Jahren verjähre. (Sehr gut! links.) Der Kieler Professor Liepmann, der im Auftrage des Juristentages ein Gutachten über die Todesstrafe ausarbeitet, habe daraufhin bei sämtlichen deutschen Einzelstaaten angefragt, wieviel Todesurteile verhängt und in wieviel Fällen Begnadigungen eingetreten sind. Sämtliche Justizverwaltungen hätten Auskunft erteilt, nur der preußische Justizminister habe die Antwort ohne weiteres abgelehnt. Aus welchem Grunde? (Zuruf b. d. Soz.: Aus Scham!) Vielleicht fürchtete er, daß die Art der Ausübung des Begnadigungsrechtes nicht in allen Kreisen Verständnis finden würde. Redner hat den Eindruck, daß im Ruhrrevier teilweise exorbitant hohe Strafen verhängt worden sind. Der deutsche Richterstand sollte sich bewußt sein, daß er sich sein Grab selber grabe, wenn auch nur der Anschein erweckt werde, als ob Richter in einem großen Augenblick für oder gegen eine Partei Stellung genommen hätten. (Bravo! links.)

Dombeck (Pole) kritisiert einzelne Urteile gegen polnische Redakteure und die Heranziehung von Dolmetschern vor Gericht, die nicht genügend die polnische Sprache beherrschen.

Bolz (Z.) betont die Notwendigkeit der rechtlichen Regelung des Tarifvertragswesens.

Siehr (FVp.) tritt für die von der nationalliberalen und der Volkspartei eingebrachte Resolution ein.

Wermuth (b. k. F.) sucht es zu rechtfertigen, daß bei den Streikprozessen die Angeklagten zum Verzicht auf die Ladungs- und Einlassungsfristen veranlaßt worden sind.

Damit schließt die Diskussion. Die vorliegenden Resolutionen werden angenommen, abgelehnt wird nur die auf Erlaß von Zulassungsbedingungen zum Rechtskonsulentengewerbe.

Der Titel wird bewilligt, und debattelos der Rest des Etats.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung, Sonnabend 11 Uhr. (Schleuniger Antrag der Reichspartei betreffs der Sicherheitsmaßnahmen auf deutschen Seeschiffen. Antrag Wettstein (Z.) betreffs Änderung des Strafgesetzbuches. Etat der Reichseisenbahnen).

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Seinen Austritt aus der Partei hat jetzt in Solingen das bisherige Parteimitglied Löwenthal erklärt, das kürzlich bei dem Schiedsgericht gegen Hildebrand als dessen Beisitzer mitfungierte. Löwenthal ist ein junger Mann, von Beruf Gärtner und in Solingen erst seit ca. einem Jahre wohnhaft. Bei der erwähnten Schiedsgerichtssitzung wurde festgestellt, daß er seit dem letzten Herbst in der Redaktion des „Generalanzeigers“ in Solingen tätig ist, was mit dem bekannten Beschluß des Dresdener Parteitags über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse in Widerspruch steht. Er hat jetzt anscheinend selber die Konsequenz aus dieser Tatsache gezogen. Er begründet seinen Austritt allerdings damit, daß er sich mit Hildebrand solidarisch erkläre und es für nutzlos halte, sich unter den vorliegenden Umständen den Aufregungen eines Ausschlußverfahrens auszusetzen.

Wieder nichts. Aus Stuttgart wird berichtet, daß das Verfahren gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kinkel, der beschuldigt war, in seiner Stellung als Krankenkassenkontrolleur Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, von der Ulmer Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist. Damit fallen alle hämischen Angriffe, die von gegnerischer Seite anläßlich der Einleitung des Verfahrens gegen „sozialdemokratische Kassenführung“ erhoben worden sind, in sich zusammen.

Lehrerbeleidigung. Der Redakteur Bahrt in Leipzig hatte auf Grund ihm gemachter Mitteilung in der „Volkszeitung für das Muldenthal“ berichtet, der Kantor Simon in Labstädt bei Borna habe in der Schule Propaganda dafür gemacht, daß die Schulkinder zu Weihnachtsgeschenken für ihre Eltern Aluminiumtöpfe bei einem dortigen Klempnermeister kaufen möchten. Es stellte sich aber heraus, daß unser Parteiblatt fahrlässigerweise falsch berichtet worden war. Das Landgericht verurteilte Bahrt zu 300 Mk. Geldstrafe.

Zum Untergang der „Titanic“.

Jetzt ist die „Carpathia“ in Neuyork angekommen. Das Schiff hielt nicht bei der Quarantänestation an. An der Battery der Stadt Neuyork erwarteten 10 000 Menschen mit eindrucksvollem Schweigen die Ankunft des Schiffes. Die ersten überlebenden begannen das Schiff um 9 Uhr 35 Minuten zu verlassen. Das Docken des Schiffes erfuhr eine gewisse Verzögerung, da zunächst auch die Rettungsboote der „Titanic“ abgenommen werden mußten. Mehrere Krankenschwestern vom Roten Kreuz und ein Dutzend Ärzte warteten auf dem Pier. Zwei Ambulanzen vom St. Vicenzhospital waren in Bereitschaft. Die Regierung verzichtete auf die übliche Untersuchung der Zwischendeckspassagiere, um die Landung zu erleichtern. Nur Verwandte der überlebenden, Beamte der White Star Linie und Vertreter der Telegraphenagenturen wurden auf dem Pier zugelassen. Die Stadtverwaltung Neuyorks sorgte für die Unterkunft der Zwischendeckspassagiere.

Am Kai spielten sich bei der Landung der überlebenden der „Titanic“ ergreifende Szenen ab. Die Männer weinten und schluchzten und die Frauen brachen ohnmächtig zusammen. Die Kinder wurden fast durch die Umarmungen der sie Erwartenden erdrückt. Die Zahl der Schwerverletzten ist nicht so groß wie man befürchtet hatte. Nur vereinzelte sind in Krankenhäuser überführt worden. Aber bei allen hat der furchtbare Kampf um das Leben unverkennbare Spuren in den Gesichtszügen hinterlassen. Einige Gelandete konnten kaum sprechen, andere klagten laut und ununterbrochen. Den erschütterndsten Anblick boten die Frauen des Zwischendecks, dünn bekleidet, zitternd vor Kälte, mit vom beständigen Weinen geröteten Augen, mit dem starren Ausdruck der Verzweiflung und Unruhe und Furcht in den Gesichtern.

Zehn Personen sind vor Erschöpfung an Bord der „Carpathia“ gestorben.

Ein Komitee der überlebenden hat einen Pressebericht ausgegeben, um sensationellen, übertriebenen Meldungen vorzubeugen: Am Sonntag, 11 Uhr 40 Minuten abends, in kalter und sternenheller Nacht und bei ruhiger See, rannte die „Titanic“ einen Eisberg an, der von den Auslugern zu spät entdeckt worden war. Nach Feststellung der Beschädigung ist Befehl gegeben worden, die Rettungsgürtel anzulegen. Das Schiff ist ungefähr um 2 Uhr 20 Minuten gesunken. Die üblichen drahtlosen Notsignale und Raketenschüsse sind abgegeben worden. Die „Carpathia“ hat den Notruf um Mitternacht erhalten und ist um 4 Uhr morgens an der Unfallstelle eingetroffen. Die Besatzung der „Carpathia“ traf die ganze Nacht Vorbereitungen. Die überlebenden sind mit der rührendsten Fürsorge und Freundlichkeit aufgenommen worden.

Die Zahl der Passagiere betrug:		Gerettet sind:
I. Klasse	330	210
II. Klasse	320	125
Zwischendeck	750	200
Mannschaften	940	210
Insgesamt	2340	745

Unter der geretteten Mannschaft befinden sich 96 Stewards, 71 Heizer, 39 Matrosen und 4 Offiziere. Es sind also

1595 Menschenleben vernichtet.

Der offizielle Bericht sagt weiter: Die Zahl der Geretteten stellt 80 Prozent der Kapazität der vorhandenen Rettungsboote dar. Der Bericht betont die ungenügende Zahl der Rettungsboote, den Mangel an ausgebildeten Seeleuten zur Bemannung der Boote und die ungenügende Zahl der Offiziere.

Der Pressebericht der überlebenden der „Titanic“ verlangt ferner bezüglich der Rettungseinrichtungen von der amerikanischen Regierung die Einberufung eines internationalen Kongresses, um die Schiffsgesellschaften zu zwingen, die Passagierschiffe mit ausreichenden Rettungsmitteln auszurüsten.

Nach dem Bericht eines Passagiers der „Carpathia“ sind an Bord der „Titanic“ schon am frühen Abend zwei leichte Erschütterungen verspürt worden, die zu unbedeutend waren, um die geringste Sorge hervorzurufen. Trotzdem wurden die Maschinen sofort gestoppt.

Ein Passagier der „Carpathia“ erzählte, man habe von der „Carpathia“ aus 16 Rettungsboote gesichtet. Die Überführung der Geretteten auf die „Carpathia“ bot einen mitleiderregenden Anblick. Die Erwachsenen hatten sich Taue um den Leib geschlungen, Kinder und Säuglinge wurden in Säcken an Deck gezogen. Einige Boote waren nicht halb voll, andere dagegen überfüllt. Einige Insassen trugen Gesellschaftstoiletten, andere Nachtgewänder und Decken. Sobald die Geretteten an Bord der „Carpathia“ waren, eilten sie in den Salon, um ein warmes Frühstück einzunehmen, da sie vier oder fünf Stunden bei schneidendem Wind in den Booten zugebracht hatten. Sie klagten nicht und schienen von dem Erlebten wie betäubt. Nach dem Frühstück wurde ein Gottesdienst abgehalten.

Dieser Passagier, ein Korrespondent der „Evening World“, berichtet, jedenfalls nach Angaben von Geretteten der „Titanic“, noch folgendes: Bei dem Untergang der „Titanic“ sind etwa 1700 Passagiere umgekommen. Der Eisberg wurde eine Viertelmeile entfernt entdeckt. Der Zusammenprall erfolgte fast gleichzeitig. Dann hörte man das Knarren der Hebel, welche die Maschinen stoppten und die wasserdichten Türen verschlossen. Einen Augenblick später gab der Kapitän auf der Brücke die Anweisung, Rettungsgürtel anzulegen und die Boote niederzulassen. Die ersten Boote wurden mit Männern gefüllt, die zuerst auf Deck erschienen. Als ein Ansturm von erschreckten Männern, Frauen und weinenden Kindern auf Deck erfolgte, wurde die Regel: Frauen zuerst! scharf durchgeführt. Die Offiziere zogen ihre Revolver, aber in den meisten Fällen war es unnötig, sie zu gebrauchen. Revolverschüsse kurz vor dem Untergang riefen die Gerüchte hervor, der Kapitän und die Offiziere hätten Selbstmord verübt. Unmittelbar vor dem Untergang sprang der Kapitän von der Brücke hinab. Nach der Wegwaschung des Decks sah man viele Menschen mit Rettungsgürteln hinuntersinken. Leichen trieben umher, als die letzten Boote abstießen. Das Streichorchester spielte beim Untergang im Salon „Näher mein Gott, zu Dir.“ Niemand bestreitet den Heroismus der Mannschaft. Das Schottensystem verhinderte nicht, verzögerte jedoch das Sinken. Das Leck an Steuerbord ließ Eis und Wasser ein. Dadurch wurde eine Explosion der Kessel herbeigeführt. Die Explosion zerriß das Schiff.

Was für Kämpfe um das Leben sich kurz vor dem Untergang auf der „Titanic“ abgespielt haben müssen, geht aus folgendem hervor: Frau Wera Dick und ihr Mann aus Alberta lobten die Geistesgegenwart der Offiziere und besonders Andrews, des Oberingenieurs der „Titanic“. Er sei in den Maschinenraum gegangen, während das Schiff sank, und habe sein Möglichstes versucht, die Passagiere zu beruhigen. Ein Steward der dritten Klasse versuchte die von den Offizieren gezogene Scheidelinie zu durchbrechen; er sei sofort erschossen worden. Adjutant Butt erschoß von der Kommandobrücke aus zwölf Passagiere, die die Rettungsboote stürmen wollten, dann wurde er selbst von einem Passagier erschossen. Oberst Grazier erklärt, er sei beim Untergang des Schiffes auf das Oberdeck geschwemmt worden und sei der letzte überlebende an Bord gewesen. Kurz vor dem Sinken sei er abgesprungen und vom Boot aufgenommen worden.

Die Rettung der überlebenden der „Titanic“ ist, wie aus Neuyork berichtet wird, nur dem Umstande zu verdanken, daß der Marconitelegraphist an Bord der „Carpathia“ am Sonntag abend nicht zur gewöhnlichen Zeit schlafen ging und daher das erste Signal der „Titanic“ auffing. So ist die Rettung der überlebenden nur wie durch ein Wunder bewirkt. Es hätten vielleicht noch mehr gerettet werden können, wenn ein Dampfer eher an der Unglücksstelle gewesen wäre. Der Dampfer „Parisian“ von der Allan-Linie erhielt die letzte drahtlose Meldung von der „Titanic“ am Sonntag 10 Uhr 30 Minuten, bevor der Zusammenstoß erfolgte. Der einzige Telegraphenbeamte der „Parisian“, der 18 Stunden Dienst getan hatte, begab sich danach zur Ruhe. Die „Parisian“ war 100 Meilen von der Unglücksstätte entfernt und hätte vor der „Carpathia“ eintreffen können, wenn die Hilfssignale der „Titanic“ vernommen worden wären. Einer der Stewards der „Carpathia“ erklärte, daß der Dampfer nur 62 Meilen von der Unfallstelle entfernt war, als er das Funkentelegramm der „Titanic“ erhielt. „Die „Carpathia“ brauchte 4 Stunden, um an Ort und Stelle zu kommen, da der Kapitän sehr vorsichtig fahren ließ, um nicht in der Dunkelheit die bereits ausgesetzten Rettungsboote der „Titanic“ in den Grund zu bohren. Die meisten der Rettungsboote hatten nicht die genügende Bedienungsmannschaft. In vielen Fällen mußten die Insassen, meist Frauen, selbst rudern.

Der Funkentelegraphist Bride von der „Titanic“ berichtet: Der Zusammenstoß war so gering, daß wir nicht recht wußten, was eigentlich geschehen war. als der Kapitän in unsere Kabine trat und sagte: Wir sind auf einen Eisberg gestoßen, haltet euch bereit, ein Telegramm abzusenden, aber nicht eher, als ich es sage. Nach 10 Minuten kam er wieder zurück und befahl: Schickt vorschriftsmäßig das internationale Hilfsgesuch ab. Darauf begann Philips, der erste Telegraphist, das vorschriftsmäßige Cqd abzusenden. **Dabei wurden sogar Witze gerissen.** Der Kapitän kam wieder zurück und fragte, was abgeschickt sei. Philips antwortete: Das vorschriftsmäßige Cqd und als Bride einen Witz machte, lachten alle einschließlich des Kapitäns. Dieser sagte: Jetzt schickt lieber das S. o. s. ab. Bride meinte darauf: Es ist vielleicht die letzte Chance. (S. o. s. bedeutet: Schnelle große Hilfe.) Dabei lachten wieder alle. Philips sandte darauf das S. o. s. ab und der Kapitän erzählte dabei, wir seien in der Mitte aufgefahren. Die „Carpathia“ antwortete sofort, was dem Kapitän mitgeteilt wurde. Bei dem Hin- und Hergehen auf Deck sah ich, daß keinerlei ungewöhnliche Unruhe herrschte. Der Kapitän der „Carpathia“ antwortete, er lasse wenden und komme zu uns. Bride teilte dies dem Kapitän schnell mit, dabei sah er, daß viele hastende Leute auf dem Deck waren, aber keinerlei Kämpfe, obgleich solche stattgefunden haben sollen. Als er zurückkehrte, sagte Philips: Wir wollen unsere Kleider anlegen, was auch geschah. Ich sah hierbei, wie die Kinder und Frauen in die Boote geschafft wurden. Philips blieb nun tapfer auf seinem Posten und begann weiter die Apparate in Tätigkeit zu setzen, bis er bemerkte, daß dieselben schwächer funktionierten, und dies dem Kapitän mitteilte. Dieser antwortete, die Maschinenräume füllen sich mit Wasser, die Dynamos werden wohl bald stillstehen. Bride suchte jetzt nach Rettungsgürteln und legte selbst einen an und ebenso sein Kollege. Dabei taten die Leute unentwegt ihre Pflicht, weitere Telegramme an die „Carparthia“ abzusenden. Auch die „Olympic“ wurde angerufen und zwar mit den Worten: „Wir sind hin.“ Philips schickte den Bride nach oben, um zu sehen, ob noch Rettungsboote vorhanden seien. Dieser kam bald zurück, um zu melden, daß das letzte Boot soeben abgestoßen sei. Darauf kam der Kapitän und sagte: Ihr habt Eure Pflicht getan, geht jetzt, euch zu retten. Trotzdem blieb Philips noch 15 Minuten auf seinem Posten. Es hatte sich inzwischen ein Heizer in die Kabine geschlichen, der Philips seinen Gürtel zu entreißen suchte. Wir taten unsere Pflicht. Anscheinend ist der Mann niedergeschossen worden, da er keinen anständigen Seemannstod verdient. Man ließ ihn regungslos liegen. Philips ging nach achter und ich sah ihn später nicht mehr. Ich sprang in die See und wurde später von einem Boot aufgenommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik im westsächsischen Kohlenrevier abgebrochen. Obwohl bisher der Kampf der Bergarbeiter alle Möglichkeiten des Erfolges gezeigt hat, ist plötzlich ein Umschwung in der Situation eingetreten. Ein großer Teil der Bergarbeiter hatte bestimmt auf einen Erfolg der Vermittlungsverhandlungen der Regierung gerechnet. Diese Verhandlungen haben den Erfolg nicht gebracht und es mehrten sich die Anzeichen, daß die Enttäuschung über das ablehnende Verhalten der Regierung einen erheblichen Teil der Streikenden ins Wanken gebracht hat. Aus diesem Grunde ist die am Donnerstag in Zwickau versammelt gewesene Revierkonferenz der Vertrauensleute zu dem Entschluß gekommen, einer Abschwächung des Kampfes zuvorzukommen und den Streik auf voller Höhe, wie im Ruhrgebiet geschehen, abzubrechen. Nach langer und scharfer Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten. Von den anwesenden Vertretern waren 33 für und 21 gegen die Fortsetzung des Streiks. Die zur Fortführung des Streiks nötige ¾-Mehrheit war somit nicht vorhanden. Gegen 4 Stimmen wurde dann eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß diesmal zwar kein Erfolg erzielt wurde, daß es aber jedenfalls nur wenige Jahre dauern werde, bis die Bergarbeiterorganisation derart gefestigt ist, daß ihr auch das brutalste Unternehmertum nicht mehr widerstehen kann. Diese Resolution wurde am Freitag nachmittag den Streikenden in zehn Versammlungen vorgelegt. Dort machte sich ein außerordentlich lebhafter Widerspruch gegen den Abbruch des Streiks bemerkbar. Diese Tatsache widerlegt wohl am besten die von den Bergherren und der bürgerlichen Presse verbreitete Behauptung, daß der Streik nicht durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bergarbeiter, sondern lediglich durch die Verbandsleitung provoziert worden ist. Schließlich kam aber in den Versammlungen die Ansicht zum Durchbruch, daß in dieser Situation ein anderer Schritt als die Vertagung des Streiks nicht übrig blieb. In den Versammlungen gelangte schließlich überall die Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme, nur in einigen Versammlungen stimmte eine größere Majorität dagegen. Die Versammlungen haben dann beschlossen, sich am Freitag nachmittag 4 Uhr auf den Schächten zum Arbeitsbeginn für Montag zu melden.

Beendigung der Bergarbeiterbewegung im Mährisch-Ostrauer Steinkohlenrevier. Die Zugeständnisse der Unternehmer sind nun auch von den Versammlungen der Bergarbeiter angenommen worden. Der Vertrag, der zwischen beiden Parteien festgelegt wurde, sieht eine dreijährige Dauer des Abkommens vor. Bei „normalen Leistungen“ der Arbeiter ist ihnen ein Lohn von 4 Kr. 50 Heller bis 5 Kronen zugesichert. Was sind im Bergbau mit den oft so abnormalen Verhältnissen normale Leistungen, und verstehen auch die Unternehmer unter den angeführten Lohnsätzen nur Mindestlöhne, nicht etwa auch gleichzeitig Maximallöhne? Die Delegierten der Arbeiter mußten denn auch in einer Konferenz mit Bedauern konstatieren, daß die dringendsten und wichtigsten Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern nicht eingestanden wurden, und daß den Obertags- und den bei den Koksanstalten beschäftigten Arbeitern überhaupt keine Lohnaufbesserung gewährt wurde. Über die Unzulänglichkeit der Zugeständnisse für die übrigen Arbeiter waren sich alle Delegierten einig, aber — es ist wenigstens zum erstenmal ein Lohnvertrag vorhanden. Es wird Sache der Bergarbeiter sein, dem Vertrag Leben einzuflößen und auf seine Erfüllung zu dringen. Wie in Nordwestböhmen, so mußten auch die Bergarbeiter im Mährisch-Ostrauer Gebiet mit wenigem zufrieden sein, sind ihre Organisationsverhältnisse doch trostlose. Nur deshalb vermag man das, was die Bergarbeiter dort aus dem Streik nach friedlichen Verhandlungen mit nach Hause bringen, als ausreichenden Erfolg zu buchen. Zu ihm hat wesentlich mitgewirkt die Initiative der Regierung, die ihr Teil mit dazu beitrug, um eine wirtschaftliche Katastrophe zu verhüten. Sie hat die Unterhandlungen geführt und außerhalb des Rahmens des im Bergbaugesetz vorgesehenen Einigungsamtes — das hier schon wochenlang resultatlos getagt hatte — die Bewegung zum Abschluß gebracht. Die kapitalistische Regierung hat den Grubenbaronen zwar nicht wehe getan, immerhin war sie, sehr im Gegensatz zu der preußischen Regierung vernünftig genug, um einzusehen, daß militärische Aufmärsche zu friedlicher Beilegung der Differenzen nicht beitragen, daß ein gewaltsames Eingreifen der Staatsmacht nur zu Revolten der in ihrer Mehrheit unorganisierten Bergarbeiter führen mußten. Die Bergarbeiter selbst erkennen nun den Vorteil eines organisierten Vorgehens und in drei Jahren werden hoffentlich die Unternehmer mit einer mächtigen Organisation zu rechnen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Generaldirektor als Steuerhinterzieher. Von dem Schöffengericht in Marklissa bei Lauban wurde der frühere Generaldirektor, jetzige Rentier Guthmann wegen Steuerhinterziehung zur Zahlung des achtfachen Betrages der hinterzogenen Steuer, der 11 823,40 Mk. beträgt, verurteilt, da Guthmann in den Jahren 1906 bis 1909 wissentlich falsche Angaben über sein Einkommen gemacht hat. Er hatte sein Einkommen, das sich in Wirklichkeit auf 31 000—33 000 Mk. jährlich belief, auf nur 15 000 Mk. angegeben. Die Steuerhinterziehung für das Jahr 1906 wurde als verjährt angesehen.

Aus Nah und Fern.

Grenzkommissar Dreßler wegen Spionage verhaftet. Die russische Regierung gibt jetzt die offizielle Erklärung ab, der deutsche Grenzkommissar Dreßler aus Eydtkuhnen, der in Uniform über die Grenze ging, sei wegen Spionage verhaftet worden. Dreßler wird beschuldigt, seit sechs Jahren einen regelrechten Spionagedienst eingerichtet zu haben. Seine häufigen Besuche in Rußland wurden schon lange scharf beobachtet. Nachdem genügendes Material gesammelt war, veranlaßte das Wilnaer Militärbezirksgericht Dreßlers Verhaftung. In Kowno wurden sechs Personen, die angeblich in Dreßlers Diensten stehen, ebenfalls verhaftet. — Die deutsche Regierung hat Schritte in dieser Angelegenheit eingeleitet.

Ein Kleinstaatenkuriosum. Vom „Segen der Doppelherrschaft“ wird ein Geschichtchen erzählt, das ein Bewohner von Unterwirbach, einem halb zu Meiningen, halb zu Rudolstadt gehörenden Dorfe, tatsächlich erlebt hat. Der Mann, dessen Haus auf meiningischer Seite liegt, während sich die Felder auf der schwarzburgischen Seite befinden, beabsichtigt, auf zwei dieser Felder, die zusammen einen Taxtwert von 1500 Mk. haben, eine Hypothek von 400 Mk. aufzunehmen. In Rudolstadt wurde er aber bei der Landeskreditanstalt mit seinem Ansinnen abgewiesen mit der Begründung, daß er meiningischer Staatsangehöriger sei, und in Saalfeld wurde ihm eröffnet, man könne ihm auf seine Grundstücke keine Hypothek geben, weil die Grundstücke auf der schwarzburgischen Seite lägen. Er wird also seine Felder nach Meiningen schaffen müssen.

Todessprung aus dem Automobil. Ein schweres Automobilunglück hat sich in der Nähe von Posen ereignet. Dort hatte ein Chauffeur sechs Knaben zu einer Spazierfahrt eingeladen. Als der Chauffeur außerhalb der Stadt Posen auf der Chaussee mit großer Schnelligkeit fuhr, bekamen die Kinder Furcht und baten den Chauffeur, zu halten. Dieser achtete jedoch nicht auf die Bitten. Jetzt sprangen die Knaben aus dem in voller Fahrt dahinsausenden Automobil. Einer von ihnen blieb tot auf der Landstraße liegen, ein zweiter wurde tödlich verletzt, und die anderen erlitten schwere Verwundungen.

Kleine Chronik. Am hellichten Tage ist in Charlottenburg ein siebenjähriges Mädchen entführt worden. Es handelt sich um die Tochter einer von ihrem Mann getrennt lebenden Frau. Das Mädchen spielte mit anderen Kindern vor einem Haustor, als es plötzlich von einem Mann gepackt und trotz seines Sträubens und seiner Hilferufe nach einer Droschke gebracht und weggeführt wurde. Auf die Hilferufe des Kindes und der Mutter des Kindes sammelte sich eine größere Menschenmenge, um dem Manne das Kind zu entreißen. Dieser, wahrscheinlich der Vater der Kleinen, ist jedoch mit ihr entkommen. — Seit Donnerstag morgen steht in Bilitz die mitten in der Stadt belegene große Tuchfabrik von Geyer in Flammen. Der Brand konnte bis zum Abend noch nicht lokalisiert werden und drohte auf die umliegenden Gebäude überzugreifen. Bis jetzt ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen, dagegen wurden fünf Personen schwer verletzt. Die Ursache des Brandes soll ein heißgelaufenes Lager sein. — In Luganck in Südrußland erschlug ein Mann im Theater während der Vorstellung seine Frau mit einem Ziegelstein. Mehrere Damen fielen in Ohnmacht, und es brach eine Panik aus. Der Mörder, der sich ruhig verhaften ließ, erklärte, daß er nur seine Ehre gerettet habe. — Am Donnerstag wurden, wie aus Athen gemeldet wird, auf der Insel Ithaka mehrere heftige Erdstöße verspürt, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten. Alles flüchtete panikartig aus der Stadt auf die Felder, um nicht unter den einstürzenden Trümmern der Häuser begraben zu werden. Der Polizeipalast und die Kasernen sind eingestürzt. Glücklicherweise erneuerten sich die Erdstöße nicht, sodaß gegen Abend die Bevölkerung wieder in ihre Behausung zurückkehrte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Sie haben recht, verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich

Kreuzstern **MAGGI's Bouillon-Würfel**

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

denn der Name MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern bieten Garantie für vorzügliche Qualität.

„MAGGIs gute, sparsame Küche“.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Extrawagen Lübeck-Schwartau werden in Zukunft an Sonntag-Nachmittagen und wenn sonst erforderlich nicht vom Markt in Lübeck abfahren, sondern vom Bahnhofsplatz. Die Wagen werden deutlich kenntlich gemacht werden. Vom Markt in Lübeck wird der regelmäßige 20-Minuten-Betrieb an allen Tagen gleichmäßig durchgeführt.

Lübeck, den 16. April 1912.
Die Betriebsverwaltung.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Maifeier-Komitee.
Montag, den 22. d. M., abends 8½ Uhr:
Sitzung.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit sagen wir unsern herzlichen Dank.
Wilhelm Möller und Frau.
Rensefeld.

Zwei-Zimmer-Wohnung per 1. Juli zu vermieten
Engelsgrube 59.

Gesucht zum 1. Mai
ein Mädchen
Kottwitzstraße 12.

1 Morgenfrau gesucht
Fleischhauerstraße 13.

Ein Mädchen für häusl. Arbeiten bei gutem Lohn.
Fleischhauerstraße 13.

Gesucht **2 tüchtige Näherinnen und junge Mädchen** zum Erlernen der Damenschneiderei
Buseksstraße 4 a.

Pflanz-Schalotten zu verkaufen.
Töller, Rensefeld,
Schnorstraße 1.

Ein dunkelblauer Sitz- u. Liegewagen auf Nickel und Gummi billig zu verkaufen
Kottwitzstraße 61, I., r.

Ein Babykorb
zu verkaufen Warendorpstr. 37, p.

40 Ferkel sind ganz billig zu verkaufen.
J. Klüwer,
Schwart. Allee 133.

Sonntag sind schöne **Ferkel** äußerst billig zu verk. **Stamer,**
Kronsf. Allee 69 a.

Ein schöner Zugänger
zu verk. **Joh. Storm,** Schönböcken.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 21. April, von 1 Uhr ab.
Dr. med. Busch, Geibelplatz 12.
Dr. med. Fr. Eschenburg, Hüxstr. 33.
Dr. med. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Ein kleines 3 Mon. altes Kind (Mädchen) bei ordentl. Leuten in Kost u. Pflege zu geben.
Näheres Warendorpstr. 5.

Große Posten 6 Wochen alte **Ferkel** hat zu verkaufen.
H. Lange, Mori.

Zum Pflanzen besonders schöne frühe **Rosenkartoffeln,** Eierkartoffeln, Magnum-bonum.
Hermann Block, Moisl. Allee 14
Fernruf 1287.

Gute Magnum bon. 10 Pfd. 55 ₰,
gelbe Eierkartoffeln 10 Pfd. 70 ₰,
gute Speisekartoffeln 10 Pfd. 50 ₰,
100 Pfd. 4.50 M.,
Rosenkartoffeln 10 Pfd. 50 ₰,
empf. **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Die Fraktionsbilder
sind jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Kartoffelland,
Kleeparzellen u. ca. 20 □-Ruten Buschkoppel wird vermessen am **Sonntag, dem 21. April, vorm. 11 Uhr,** von den Parzellen am Ende der Einsiedelstraße, Eschenburgs Sägemühle gegenüber. Außerdem zu verpachten 40 Ar 24 □-Mtr. mit Roggen bestellt. Land im Struckteich, Schwartauer Allee.
Näheres
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Fernsprecher 1874.

Alle Sorten
Saatkartoffeln
in Ia. Qualität
empfehlen zu billigsten Preisen
Spethmann & Fischer,
Tel. 102. Beckergrube 59.

Frühe Pflanzkartoffeln
(15 Zentner Kaiserkronen) gebe billig ab.
C. Bannow, Gewerbesstr. 17.

Pflanz- u. Speisekartoffeln,
Magnum bonum, gelbe lange, französische und Rosenkartoffeln.
Sämtliche Sämereien.
C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstr. 26. Tel. 1440.

Mehrere gebrauchte
Fahrräder
billig zu verkaufen.
H. Krohne, Fahrradhandlg.,
Schwartau, Eutiner Straße 1.

Gartenbes. empf. in jeder Preislage
Rosen, Obst- u. Zierbäume, Sträucher, Lauben- u. Heckenpflanzen, Lebensbäume, Frühjahrsblumen, Goldlack usw.
Sämereien in best. Qualität.
Gartenbaubetrieb
C. Rohrdantz, Moisl. Allee 49.

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165, Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Plüschgarnitur 85, Vertikos reich geschnitzt 55, gr. Trumeaux 35, reich geschnitzte Bortgarnit. mit Herrensessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, Verschiedenes.
Besichtigung Wahmstr. 83, p. r.

Alle Sorten
Brennmaterialien
empfiehlt zu billigsten Preisen frei Haus
Hans Lübeke
Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager tritt eine Ermäßigung sämtlicher Preise ein.

Wundervolle Tonfülle u. -Reinheit.

Schon von **Mk. 25.–** an, auch auf Teilzahlung von 1 Mk. pro Woche an ohne Preisaufschlag.

Neuheit: Trichter aus einem Stück gearbeit.

Große Schlager in Schallplatten.

Spaziergang der maifeiernd. Arbeiter am 1. Mai

Snuten und Poten; Mariechen; Rieke, du hast ja einen Fettfleck am Knie; De Gentlemänner von de Neddernstroot; St. Pauli, wie bist du so schön; Morgen giebts Selleriesalat; Der Freiheit Morgenrot; Die Liebeslaube usw.

Musikhaus Rowedder,

49 nur Hüxstraße **49.**

P.S. Achten Sie bitte auf Firma und Hausnummer.

Motto:
Eine Wohltat eigner Art
ist und bleibt ne Wasserfahrt.

Sonntag:

Sonder-Lustfahrten nach Schwartau

mit vollständig renovierten Dampfern.

Holstenbrücke (Travenpavillon)-Schwartau (Waldhalle)

Ab Holstenbrücke 9 10^{30} Morg. 1^{30} 3 4^{30} 6 7^{30} Nachm.
Ab Schwartau 9^{45} 11^{20} „ 2^{15} 3^{45} 5^{15} 6^{45} 8^{15} „

Trave-Dampfschiffahrt-Gesellschaft.

Einladung zum

Ball der Hausangestellten

verbunden mit Reigen und Vorträgen

am Sonntag, dem 21. April 1912

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pf., eine Dame frei. Einz. Dame 20 Pf., wof. Garder.

Das Komitee.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. Gustav Gipp.

Amerikanische

Uhren-

Reparatur-Werkstatt.

Neue Feder 1.00 Mk.
Uhrreinigen 1.00 Mk.

Fast jede einzelne Reparatur nur 1 Mk. bei 2 Jahre schriftl. Garantie.

Hüxstrasse 71.

Tisch-Bestecke!
Löffel & Forken
Küchenmesser

vorzüglichster Güte in

Messer & Waffen-Haus
alma
Jesschau, LÜBECK Breite Str. **27.**

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.

Achtung!

Kohlenarbeiter!

Sektions - Versammlung

Montag, d. 22. April 1912

abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Maifeier.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Restaurant Cleverbrück.

5 Minuten von der elektrischen Straßenbahn-Linie 12.
Markt bis Haltestelle Cleverbrück: 15 Pfg.

Ausschank von ff. Kieler Eiche-Bier ½ Liter 20 Pfg.
Porter vom Faß.

Den Ausflüglern bestens empfohlen.

J. C. Müller.

Wateniß-Belleoue

Heute Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

H. Fürböter.

Friedr.-Franz-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.

Endstation Krankenhaus.

Weisser Engel

Ratzeburger Allee 29.
Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

Kaffeehaus Moisling.

Jeden Sonntag:

Freies Tanzkränzchen.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Sonntag, den 21. April 1912:

Tour nach Dassow.

Abfahrt 9 Uhr v. d. Burgtorbrücke.
Fahrwart II. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Am Montag, dem 22. April 1912

abends von 6—9 Uhr, findet die

Delegierten-Wahl zum Verbandstage in Berlin

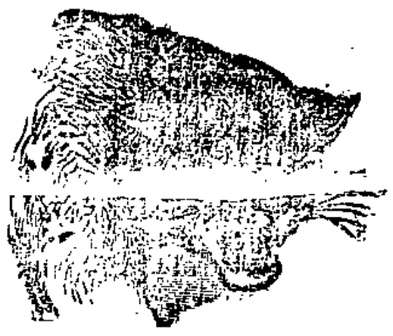
statt. Wahllokale sind:

Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52;
Hagelsteins Gastwirtschaft, Geniner Straße;
St.-Lorenz-Bierhalle, Margaretenstraße;
Waisenhof, Fackenburger Allee 56.

Jeder Kollege kann in dem ihm am passendsten erscheinenden Wahllokale wählen. Die Mitgliedsbücher sind zur Wahl mitzubringen; ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.

Kollegen erscheint vollzählig zur Wahl.

Die Ortsverwaltung.



Auf dem Burgfelde.

E. Malferteiners
großer

Raubtier-Circus

und größte Raubtier-Dressur-Schaustellung der Welt

enthält 30 dressierte Löwen, kolossale Königstiger, Leoparden, Panther, Eis-, Tibet- und Mähnenbären, Zebras usw.

Montag, den 22. April, nachmittags 4½ u. abends 8 Uhr:

Unwiderruflich die beiden Schluß- u. Abschiedsvorstellungen

wobei Auftreten sämtlicher Dompteusen und Dompteure.

Sonntag, den 21. April, drei Hauptvorstellungen.
Nachmittags 4 und 6 Uhr und abends 8 Uhr.

Neu! Neu! Hier noch nie gesehen. Neu! Neu!

Johanna, das Affenmädchen.

Wer herzlich lachen will, muß den Affen als Mensch gesehen haben. Er ist ein Liebling der Damen und Kinder.

Der einzig dressierte Orang-Utang der Welt wird bei jeder Vorstellung von Madame **Malferteiner** vorgeführt werden. Es ist dies die einzige Dressur in ihrer Art, die jeden Zuschauer in Staunen setzt, und ist Johanna Stadtgespräch.

Preise der Plätze: I. Platz 1 Mk., II. Platz 50 Pfg.,
Kinder unter 10 Jahren: I. Platz 50 Pfg., II. Platz 30 Pfg.

Pfeifenklub „Volldampf-Voraus".

BALL

am Sonntag, 21. April im Lokale des Herrn Jenkel Einsegel.

Um 10 Uhr: **Große Pfeifen- und Laternen-Polonäse.**

Jeder Teilnehmer erhält ein Geschenk.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Damen frei.

HANSA THEATER
Tel. 610. Dir. Reinh. Gallbach. Tel. 610

Um den Preis von **6000 Mk.** ringen Sonntag:

Callon (Luxemburg) gegen **Frachét** (Elsaß-Lothringen)
Mamutow (stärkster Ringer v. Rußland) gegen **M. Schwarz** (Meister von Norddeutschland)
H. Reglin (Lübeck) gegen **Goksch** (Breslau)

Entscheidungskampf:

Albert Sturm (Weltmeister, Berlin) gegen **Petitjean** (Meisterringer von Hannover)

Am Montag ringen:

Hallmann (Berlin) gegen **van Andree** (Holland)
Albert Sturm (Weltmeister) gegen **Krichelsdorf** (Brandenburg)
Callon (Luxemburg) gegen **M. Schwarz** (Norddeutschland)

Bis zur Entscheidung:

!! catsch-as-catsch-can !!

(freier amerikanischer Ringkampf) zwischen

H. Reglin (bester Ringer von Lübeck) **Gebhardt** (bester Ringer von Berlin)

Bei dieser Kampfart sind sämtliche Griffe erlaubt. Verboten ist nur das Schlagen und Würgen.

Vorher das **Variété-Programm.** Anfang 8½ Uhr.

Konzerthaus „Flora".

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Gustav Wirthel.

Luisenlust.

Heute Sonntag: **Freies Tanzkränzchen.**

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

H. Pagel.

Neu-Lauerhof.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

Ballmusik.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich Konzert.

Oesterreichische

Damen-Kapelle.

(Erzgebirgskinder).

5 Damen, 2 Herren.
Anfang 4 Uhr.

Eintritt frei.

Geöffnet bis 3 Uhr nachts.

Ludwig Kock.

St. Jürgen-Liedertranz.

Einladung zum

BALL

am Sonntag, dem 21. April, im Kolosseum.

Um 10 Uhr: **Ueberraschungen.**
Eintrittspreis für Herren 60 Pfg., eine Dame frei. Anfang 6 Uhr.
Ende 2 Uhr. **Das Festkomitee.**

UNIVERSUM

Sonntag: Beginn 7½ Uhr.

Neuer bunter Teil.

Dazu Kalnbergs burl. Schlager

Unsere Ulanen.

Auf allen Plätzen 40 Pfg.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 21. April 1912.
10. Volks-Vorst. Letzte Nachm.-Vorst.
Jeder Platz 75 Pfg.

UNDINE.

Romantische Oper von A. Lortzing.
Die Plätze werden heute Sonnabend abend von 8—9 Uhr an der Theaterkasse ausgelost.
Anfang 3 Uhr. Ende 5½ Uhr.

Sonntag, den 21. April. 7½ Uhr.
Voll-Abonnement 180.

Martha.

Romantische Oper v. Fr. v. Flotow.
Hierauf:
Frühlingsstimmenwalzer Barfußtanz

Montag, den 22. April 1912.
Voll-Ab. 181. Montag-Ab. 29.
Zum letzten Male:

Rosenkavalier.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Dienstag, den 23. April 1912.
Voll-Ab. 182. Dienstag-Ab. 30.

Der Arzt am Scheideweg.

Komödie von Bernard Shaw.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.

Festspiele

am 7., 9., 11., 13. Mai 1912.

Stadthallentheater.

Sonntag, den 21. April 1912.
Zum letzten Male!

Zapfenstreich.

Schauspiel von Beyerlein.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Dienstag, den 23. April 1912.

Boccaccio.

Komische Operette von Sullivan.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 12.